

her ein gewaltiges Rudel Hirsche, daß, nach Angaben von Augenzeugen, der Boden bröckte; man zählte insgesamt 39 der städtischen Tiere, darunter sieben geweihte. Das Ereignis hatte die Deute derart ergriffen, daß die im Saal stattfindende fiktive Holzversteigerung eine Zeitlang abgebrochen werden mußte. Von Wildmangel kann also in unseren herzlichen Wäldern des Hinterlandes keine Rede sein.

§ Battenberg, 10. Febr. Postverwalter Sauerwein ist in gleicher Eigenschaft vom 1. April d. J. nach Wehen (Illertauern) versetzt worden.

Gerichtsaal.

wb. Unlauterer Wettbewerb. Der Bädermeister Heinrich Medenbach in Viecht ist im Besitz einer Lizenz für die Herstellung einer besonderen Art von Viecht, welche als Nährmittel für Kinder und Kranke ganz besonders geeignet sein sollen. Die Bestandteile für das Gebäck, die Gebrauchsanweisung und ebenso die Rezepturmittel liefert ihm die Firma, von der er die Lizenz erworben hat. Unter dem so genannten Material befinden sich auch Verpackungssachen sowie ein Plakat, auf welchem sechs verschiedene Medaillen ausgedruckt waren. Inhaberin dieser Medaillen war die Hannoveranische Firma, nicht Medenbach selbst, und weil er nichts weiteres die von ihm hergestellten Waren mit diesem Streifen versehen und das Plakat in seinem Verkaufsraum ausgehängt hat, soll er sich insofern des unlauteren Wettbewerbs schuldig gemacht haben, als er dadurch den Anschein eines besonders günstigen Angebots habe erwecken wollen. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 50 M. Geldstrafe.

wb. Freigegebene Künstler-Ansichtskarten. Leipzig, 10. Febr. Das Reichsgericht hat das Urteil des Landgerichts 1 Berlin, betreffend die Einführung und Unbrauchbarmachung der 48 Ansichtskarten, aufgehoben und die Sache an das Landgericht 2 verwiesen. In der Begründung heißt es: Ein Bild deshalb für ungültig zu erklären, weil es einen nackten Körper darstelle, sei nicht zulässig. Das Urteil sei nicht haltbar, da es die Postkarten mit Unrecht in Wunsch und Bogen für ungültig erklärt. Das Landgericht habe selbst anerkannt, daß die Reproduktionen den Originale durchaus gleichwertig seien. Deshalb habe auf die Aufhebung des Urteils erkannt werden müssen.

hd. Der „Wunderdoktor“. Erfurt, 11. Febr. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Wunderdoktor Wilhelm Müller, der sich als Arzt des deutschen Kaisers ausgegeben und viele Personen um hohe Summen gebracht hatte, zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

wb. Unerlaubter Nachdruck theologischer Schriften. Ulm, 11. Febr. In dem Strafverfahren, das aus Antrag des Theologieprofessors Dr. Wilhelm Koch von Tübingen gegen den ehemaligen Regens des Mollenburger Priesterseminars, jetzigen Prälaten Kieg wegen unerlaubten Nachdrucks seiner Manuskripte angestrengt wurde, beantragte der Staatsanwalt gestern vor der hiesigen Strafkammer 100 M. Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe, Einführung der Druckbogen und Vernichtung der Platten sowie der vorhandenen Exemplare. Es wurde dem Regens zugute gehalten, daß er in Wahrung der Interessen des Regens des Seminars gehandelt habe.

Neues aus aller Welt.

Der „König der Böhme“. Berlin, 10. Febr. Dann Gürler ist in einem Sanatorium in der Nähe Berlins untergebracht worden. Der Aborealist leidet an Erregungszuständen, die zeitweise in Tobsüchtansäufen ausarten. Gürler selbst hat gegen seine Unterbringung in der Anstalt beständigen Widerspruch erhoben, doch kann ihm auf Grund der ärztlichen Untersuchung, deren Ergebnis auch vom zuständigen Kreisrat bestätigt wurde, gegenwärtig in seinem eigenen Interesse nicht die erwünschte Freiheit gegeben werden.

Überwältigung eines Tobsüchtigen durch die Feuerwehr. Berlin, 11. Febr. Zu aufgeregten Szenen kam es gestern abend in einem Hause der Berliner Straße zu Tempelhof. Ein dort wohnender Schlosser erlitt einen Blutanschlag. Er warf sämtliche Gegenstände seiner Wohnung, u. a. eine brennende Lampe, auf den Hof. Der Hauswirt benachrichtigte die Polizei. Als die Beamten kamen, verbarrikadierte sich der Tobsüchtige in seiner Wohnung und drohte jeden, der ihm zu nahe kommt, mit einem Beil zu erschlagen. Schließlich rief die Polizei die Feuerwehr zu Hilfe, die mit einem Schlauch gegen den Tobenden vorging und seine Fesselung ermöglichte.

Ein Hotelbrand. Kopenhagen, 11. Febr. In der vergangenen Nacht brach im Hotel Phönix ein Brand aus, zu dessen Löschung die gesamte Feuerwehr der Stadt austrückte. Das Hotel war voll besetzt und es bemächtigte sich der Gäste eine große Aufregung. Jedoch wurde niemand verletzt. Der Schaden ist beträchtlich. Das Feuer ist auf Brandstiftung eines Angestellten zurückzuführen.

Die sibirische Pest. Orenburg, 10. Febr. In der Stadt und Umgegend tritt die sibirische Pest auf. Unter den Arbeitern der Pferdesäfte kommen täglich Erkrankungen vor. Die schreckliche Epidemie kann sich ungehindert ausbreiten, da eine Sanitätsaufsicht völlig fehlt und die Kranken nur in einem Ambulatorium behandelt werden können. Man befürchtet, daß auch das Personal der Tafelkantinen Bahn angefallen werden könnte und dadurch die Seuche weit ins Land getragen werden würde.

Ein verdächtiger Tropfen. Berlin, 11. Febr. Der Landmesser Zimmermann, der in einer am Walde gelegenen Hütte wohnt, glaubte in der Nacht Einbrecher zu hören und gab auf einen Mann, den er im Hofe sah einen Schuß ab, nachdem er den Mann angerufen hatte, ohne eine Antwort zu erhalten. Der Mann stürzte schwerverletzt zu Boden. Es hat sich herausgestellt, daß Zimmermann seinen Mietern, den Weidemaster Thiem, angeflossen hatte.

Eine Liebesdrohung. Bielefeld, 11. Febr. Ein Liebesdrohungsbrief kam gestern im alte Einneheim bei Bielefeld an. Der Bielefelder Bäderkurier hoffte verfolgte bereits seit längerer Zeit die 19-jährige Tochter des Bädermeisters Steinmöller mit Liebesanträgen. Als er gestern wiederum anriefen wurde, so er einen Revolver und feuerte drei Schüsse auf das Mädchen ab, das in Kopf und Hals getroffen, sofort tot zu Boden sank. Darauf bestand Doktor Selbstmord.

Die Betrugssäfte der Stuttgarter Majorswitwe. Stuttgart, 11. Febr. Die in den Konfus- und Betrugssäfte vorfugend aus der Haft entlassene Majorswitwe Gräfin sowie die in die Affäre verwickelten Personen wurden, einem Beschluss des Oberlandesgerichts aufgrund wieder in Haft genommen, da Fluchtverdacht vorliegt.

Im großen Schwindelmarkt mit den Berliner Arbeitslosen. München, 11. Febr. Der kürzlich hier verhaftete Weidenauer Dohner, der in Berlin ein Schwindel-

manöver mit dem Zentralarbeitsmarktes in der Germaniastraße initiierte, hat ein umfassendes Gelehrte angelegt. Es gibt zu, in der Deutschland Schwundreien, insbesondere in Sachsen und Sachsen-Anhalt, vor über zu haben.

Eine Typhus- und Scharlach-Epidemie. Großlau (O.-Sch.), 11. Febr. Die in Magdeburg heraufende Typhus-epidemie greift stark um sich. Die tödliche Krankheit hat bis jetzt 4 Menschenleben hinweggezogen. 16 Typhusfälle sind im Lippeschauer Isolierhaus untergebracht. — Die in Magdeburg heraufende Scharlach-Epidemie hat 4 Fälle erzielt.

Verhaftung eines bewaffneten deutschen Einbrechers in Paris. Paris, 11. Febr. Die Polizei verhaftete gestern in der Rue St. Didier einen deutschen Einbrecher namens Karl Weigel, als dieser befürchtete, in die Wohnung eines reichen Bäckermanns einzudringen. Nach bei ihm vorgefundene Papieren ist er 28 Jahre alt und aus Wülfhausen gebürtig. Er ist bereits mehrmals wegen Einbruchsdiebstählen und Körperverletzungen in Frankreich und Deutschland verurteilt worden.

Man fand bei seiner Verhaftung eine Revolverpistole, ein Dolchmesser und mehrere falsche Schlüsse. Im Augenblick seiner Verhaftung befand er sich in Begleitung eines Helfers-Helfers, der jedoch entfliehen konnte. Weigel behauptet, der französischen Sprache nicht mächtig zu sein.

Millionärsschwein. New York, 11. Febr. Der Millionär Gwynne, ein Vetter des Vanderbilts, hat sich in aller Heimlichkeit mit der Tochter eines in London lebenden deutschen Klempnermeisters treuen lassen. Er hatte seine Frau im Atelier eines Freundes lernen gelernt, wo sie Modell stand.

Deutscher Reichstag.

Rebschädlinge, Patentgesetz, Reichsversicherungssamt.

S. Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Debatte über den Etat des Staatssekretärs Delbrück dauert nun noch länger wie in früheren Jahren, gewiß nicht zum Vorteil der Fertigstellung des Etats. Heute gab es zunächst eine ausführliche Debatte über Rebshädlinge und die Faulbrut der Bienen. Die Resolutionen des Zentrums und der Nationalliberalen, die zur Bekämpfung dieser Schädlinge vermehrte Mittel erfordern, wurden angenommen, nachdem der Ministerialdirektor einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Bienenkrankheiten angekündigt hatte.

Beim Patentamt entwidete sich eine ebenso ausführliche Diskussion über das neue Patentgesetz, die Wahrung der Erfinderrechte, insbesondere der Angestellten usw.

Noch viel weniger hatte Gehalt und Form die Erörterung des Kapitels Reichsversicherungssamt, die dann anhob. Wenigstens brauchte gleich der erste Redner, der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Bauer, zu seiner Kritik der neuen Versicherungsgesetzgebung fast volle zwei Stunden.

Sitzungsbericht.

Staener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“.

Berlin, 11. Februar.

Am Bundesstatistisch Dr. Delbrück. Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Abg. Gräber ist dessen Platz mit einem großen Blumenstrauß geschmückt. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr. Die zweite Veratung zum

Etat des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt. (17. Tag.)

Die Weiterberatung beginnt mit dem Kapitel „Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft“. Hierzu liegen vor die Resolution Baumann (Btr.), die Verbündeten Regierungen zu erüben, im nächsten Etat eine entsprechend hohe Summe als Prämie einzusehen für den Erfinder eines zuverlässigen, gut anwendbaren Mittels, mit welchem der ungetrennte deutsche Weinbau schwer schädigende

Hon- und Sauerwurm

mit Erfolg bekämpft werden kann; 2. Dr. Paasche, den Herrn Reichsanzler zu erüben, im Reichshaushaltsetat für 1915 wesentlich größere Mittel einzustellen zur Fortsetzung der wissenschaftlichen Erforschung der Bekämpfung tierischer Schädlinge der Land- und forstwirtschaftlichen Kulturpflanzen, insbesondere der dem Obst- und Weinbau verderblichen Infekten.

Abg. Baumann (Btr.): Da die Bekämpfung des unseren Weinbau schwer schädigenden Hon- und Sauerwurms mit Kosten und Aufwand bisher zu keinem Erfolg geführt hat, muß ein anderes Mittel gesucht werden. Ich bitte das Haus, unserer dahingehenden Resolution zuzustimmen.

Abg. Dr. Paasche (natl.): In Anbetracht der Tatsache, daß unser deutsches Volk durch Schädlinge im Obst- und Weinbau, aber auch in anderen landwirtschaftlichen Betrieben alljährlich um mindestens 200 Millionen geschädigt wird, ist es dringend nötig, daß wir soziomatisch und wissenschaftlich zusammenarbeiten, unseren landwirtschaftlichen Betrieben möglichst großen Schutz angedeihen zu lassen. Auch ich bitte, unserer Resolution zuzustimmen.

Ministerialdirektor v. Jonquidès: Von der Aussetzung eines Preises versprechen sich die Verbündeten Regierungen und auch die Sachverständigen keinen Erfolg. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß bei Preisabschreibungen wohl sehr viele Bewerbungen einlaufen, daß aber ein Erfolg deshalb nicht zu erwarten ist. Die Erfinder würden sich auch ohne einen derartigen Preis mit dieser Arbeit beschäftigen, da sie sich von der Ausübung ihrer Erfindungen einen viel höheren Gewinn versprechen, als sie durch ein solches Preisabschreiben erzielen können, außerdem würde eine hohe Menge unnötiger Arbeiten in den Amtern entstehen, die erhebliche Kosten verursachen. Ich bitte Sie deshalb, von der Annahme der Resolution Abzusehen. Was den

vom Abg. Dr. Paasche verlangten Pflanzenschutz anlangt, so ist das Landesfach. Zugesehen ist, daß in Amerika durch die strenge Gesetzgebung namentlich für den Obstbau außerordentlich Gutes sich ergeben hat. Aber auch unsere Regierung sieht der Entwicklung der Dinge nicht mächtig zu.

So werden wir auch die in diesem Monat in Rom tagende internationale Konferenz zur Bekämpfung der Pflanzenschädlinge beschließen.

Abg. Astor (Btr.): Wir haben in den Weinbaubegrenzen das Gefühl, daß zu wenig für uns geschieht.

Durch den Hon- und Sauerwurm wird jährlich fast die Hälfte der ganzen Ernte zerstört.

Leider arbeiten die Winzer unverzerrt weiter. Wer auch die Reichsregierung muß sich dieser Sache annehmen, da die Winzer nicht allein in der Lage sind, selbst

Mittel zur Bekämpfung dieser Schädlinge zu suchen. Sie räfieren bei dieser Arbeit oftmals ihre ganze Ersparnis. Deshalb sollten die in den Weinbaubereichen gelegenen preußischen Domänen mit gutem Beispiel vorangehen. Der Winzerstand geht in seinem Wohlstand ständig zurück. Große Mittel müssen eingesetzt werden, die Berufsfreudigkeit der Winzer zu erhalten. Es ist die höchste Zeit. Die Einführung der Weine wird durch das neue Weingesetz begünstigt. Lassen Sie uns einstimmig die Resolution annehmen und den Winzern geben, was ihnen kommt. (Beifall.)

Abg. Hepp (natl.): Ich kann mich den Wünschen meines Vorfahrs nur anschließen. Wir haben in erster Linie die Rebshädlinge im Auge.

Was für die Mostel gilt, gilt besonders auch für den Rheingau. Dort ist die Art der Winzer sehr groß.

Gelingt es nicht, der Rebshädlinge Herr zu werden, so sind die kleinen Winzer verloren. Im Vorjahr hat der Abg. Baumann schon auf die Angaben der Winzer hingewiesen. Es wurde ein Gesetz zur Bekämpfung der Faulbrut verlangt. Ein Entwurf ist ausgearbeitet und dieser mühte auf einer breiteren Grundlage ausgebaut und auch auf andere ansteckende Krankheiten, wie die Bienenerkrankung, ausgedehnt und der rechte Honig und das Wachs mehr geführt werden. In letzter Beziehung hat gestern die Regierung erfreuliche Entwicklungen gemacht. Die Bienenzüchter müssen die Garantie bieten, daß ihre Bienen seuchenfrei sind. Es scheint eine Zwangsversicherungspflicht in Aussicht genommen zu sein. Der Staat müßte hier ebenso die Kosten übernehmen, wie bei anderen Zwangsversicherungen. Die Winzer wünschen eine gesetzliche Regelung. Wann wird dieser Entwurf zur Vorlage gelangen?

Ministerialdirektor v. Jonquidès: Die letzte Frage ist dahin zu beantworten, daß ein Gesetz zur Bekämpfung der Faulbrut bei den Bienen zu einem allgemeinen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Bienen zu erweitern werden soll und daß darüber kommissarische Beratungen bereits auf dem Wege sind.

Abgeordneter Dahlem (Centr.):

Die preußische Regierung hat sich unserer Forderungen gegenüber recht fühl verhalten. Das geht nicht, daß die Einzelstaaten uns an das Reich verweisen und das Reich wieder an die Einzelstaaten. Die Bekämpfung hat ein Recht darauf, zu verlangen, daß endlich einmal praktische Arbeit geleistet und den Deutzen geholfen wird. (Bravo!) Wenn der Weinbauverein die Aufsetzung eines Preises abgelehnt haben sollte, so verstehe ich das nicht, dann wäre er gerade so verantwördlich, wie anscheinend andere Kreise auch. Das Praktischste ist, daß man mit fliegenden Würzen den unterdrückt, der etwa derartige Erfindungen macht. 20 000 M. zur Bekämpfung der Faulbrut spielen gar keine Rolle. Wo soll unser armer kleiner Weinbauernwohl hinkommen, daß jetzt schon fast vernichtet ist. Die Lebenshaltung ehemaliger gutstifteter Winzerfamilien ist heute völlig ungünstig. Es ist dringend nötig, daß das Reich eingreift und Fleiß und Bundesstaaten Wohl schaffen. (Beifall.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Das Reich muß die Initiative ergriffen und das Biologische Institut ausbauen, wodurch die anderen Instanzen vorwärts getrieben werden. Wir müssen etwas schaffen, was des deutschen Namens würdig ist.

Das Kapitel wird bemüht. Die Resolution Baumann wird fast einstimmig, die Resolution Paasche einstimmig angenommen.

Es folgt das Kapitel

„Patentamt“.

Abg. Giebel (Soz.): Das künftige Patentgesetz muß die technisch-industriellen Angestellten mehr schützen, als es der Vorentwurf tut. Die Rechte und Interessen der Angestellten müssen hinsichtlich der von diesen Angestellten gemachten Erfindungen sichergestellt werden gegen den kapitalistischen Eigentum. Der Vorentwurf, so geschieht er hinsichtlich des Rechtsschutzes der Angestellten ist, wird von dem sozialen Unternehmertum mit aller Macht bekämpft. Deshalb sollte das Patentgesetz so schnell als möglich an den Reichstag kommen. Leider bestehen in den Patentbüros vielfach erbliche Mischstände. Das neue Gesetz muß deshalb auch einen Schutz der Erfinder gegen die Patentanwälte erhalten.

Abg. Dr. Bell (Btr.): Der Entwurf des neuen Patentgesetzes baut sich im wesentlichen auf den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auf. Den Verfassern des neuen Patentgesetzes bin ich dafür dankbar, daß sie auf meine vorjährige Anregung hin in den § 1 des Gesetzes eine Bestimmung aufgenommen haben, wonach von der Patentierung ausgeschlossen sind Erfindungen, deren Verwertung dem Gesetz oder den guten Sitten widersprechen, wie Erfindungen von Gegenständen, die beim Menschen die Empfängnis verhüten und die Schwangerschaft beenden sollen. Wünschenswert wäre, daß die Abgrenzung über die Kompetenz zwischen Patentamt und ordentlichen Gerichten im Gesetz selbst festgelegt werden würde. Zu verlangen wäre, daß ein Prinzip, der die Erfindung eines Angestellten für sich in Anspruch nimmt, diesem auch von der Anmeldung Mitteilung macht. Hinsichtlich des materiellen Rechts sucht der Entwurf einen Ausgleich herzustellen zwischen den widerstreitenden Interessen der Arbeitgeber und Angestellten. Dem Erfinder soll eine billige Verzögerung zuteil werden, die indessen der Prinzipal festzustellen hat.

Abg. Dr. Röttger (natl.): Es dürfte zweckmäßig sein, in dem künftigen Patentgesetz die Verfassung des Patentamtes vorweg zu nehmen. In sozialer Beziehung verdient der Vorentwurf alle Anerkennung. Die Meinungen darüber sind allerdings verschieden. Der einen Partei genügt die jüngste Fürsorge für die Angestellten nicht, der anderen erscheint sie fast als Unzustand. Die Wahlheit dürfte in der Wette liegen. Es ist dringend nötig, eine Verschärfung der Gegenseite zu vermeiden.

Die Angestellten müssen bedenken, daß ohne die Prosperität der Unternehmen eine soziale Politik überhaupt nicht möglich ist.

Die ständigen Mitarbeiter des Patentamtes haben den Wunsch auf Gleichstellung mit den preußischen Beamten der kleinen Kategorien. Dieser Wunsch dürfte nicht unbedingt sein und die Regierung möge ihm nachkommen.

Ministerialdirektor v. Jonquidès: Es ist zu begrüßen, daß neben Angestellten und Prinzipalen auch der Reichstag sich mit dem neuen Patentgesetz beschäftigt hat, und zwar in unvermitteltem Sinne. Die Regierung nimmt die hier gemachten Ausführungen gerne ad referendum. Wir dürfen in der Lage sein, im nächsten Winter den Entwurf endlich vor den Reichstag zu bringen. In unserer Denk-

chrift über das Unwesen des Patentagententums muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, daß neben recht überläßigen Agenten auch ungünstige Elemente hier zu finden sind.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt das Kapitel.

Reichsversicherungsamt

und im Verbindung damit die als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stehende: Denkschrift über die Rücksichten bei den Berufsgenossenschaften, die an eine Kommission zu verweisen beantragt worden ist.

Abg. Bauer (Soz.): Wir haben keine Ursache, einer Änderung der Rücksichten bei den Berufsgenossenschaften zuzustimmen, wenn wir auch nicht gegen eine Kommissionsberatung haben. Die Berufsgenossenschaften, die sich immer bei dem Reichsversicherungsamt einen großen Einfluß zu verschaffen gewußt haben, legen den Begriff Berufsunfall anders aus als die versicherten Arbeiter und der Gesetzgeber. Es ist direkt ungültig, daß die Berufsgenossenschaften mit Unterstützung der Rechtsprechung darauf ausgehen, bei Unfällen die Rente zu fördern. Als bei der Reichsversicherungsordnung die Organisation der Krankenkassen festgesetzt werden sollte, wünschten wir eine Zentralisierung der Kasse, aber die Regierung und der Reichstag beschlossen, die bestehenden Krankenkassen aufrecht zu erhalten, auch die Betriebs- und Innungskassen neben Orts- und Landeskassen zugelassen. Die bisherigen Gegner des Gedankens, die Dienstmädchen in die Ortskassenfasse zu überweisen, müssen sich nun mit diesem Zustand auseinandersehen. Bei den Vorstandswahlen sind die Dienstmädchen als Wahl gegen die rote Karte benutzt worden. Hoffentlich werden nun die bürgerlichen Parteien sich auch zum politischen Frauenwahlrecht bekennen.

Die preußische Regierung ist eifrig bemüht, in ihrer Musterdiensterbung die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu beschneien.

Sie begeht damit eine Gesetzesverleugnung und trifft ungeeignete Maßregeln. (Gede.) Präsident Dr. Raemps: Wegen dieser Beleidigung der Regierung rufe ich Sie zur Ordnung. Unsere ganze Sozialpolitik wird von der Regierung von kapitalistischen Gesichtspunkten aus geleitet. Man sollte vermeiden, bei den Wahlen zu den Krankenkassen die Wähler weite Wege machen zu lassen, man könnte doch ganz gut in jedem Ort ein Wahllokal errichten, so daß jeder Wähler in seinem Wohnort sein Wahlrecht ausüben kann und nicht durch Verlust von Arbeitsverdienst und Reisekosten noch unnötige Ausgaben hat. Die Versicherungen sind nicht nur dem Bürokratismus der Krankenfasserverwaltung unterstellt, sondern auch der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Eine unglaubliche Behandlung der Unternehmer und der Versicherungen wird den Klassenkampf nur noch verschärfen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. — Schluß nach 7 Uhr.

Zuwachs der Wirtschaftlichen Vereinigung.

S. Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Abgeordneten Brun und Werner-Hersfeld, bisher Mitglieder der Reformpartei, haben sich nunmehr der Wirtschaftlichen Vereinigung angeschlossen, die damit auf neun Mitglieder anwächst. Dafür besteht die Reformpartei nur noch aus einem einzigen Mitglied, dem Abgeordneten Grüne (Sachsen).

Gültige Reichstagswahlen.

** Berlin, 11. Febr. Die Wahlprüfungscommission des Reichstags erklärte heute die Wahlen der Abgeordneten von Heydebrandt (cons.) und Martin (Rpt.) für gültig.

Abgeordnetenhaus.

Generaleröffnung des "Wiesbadener Tagblatts".

Berlin, 11. Februar.

Am Ministerth: Unterstaatssekretär Holtz. — Die Tribünen sind sehr stark besetzt.

Bürgerpräsident Dr. Krause eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung zum

Statut des Ministeriums des Innern

wird bei dem Titel Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wir waren gestern stehen geblieben (Heiterkeit) bei dem Kölner Polizeipräfekt. In diesem Prozeß ist eine Polizei Korruption im weitesten Maße zutage getreten. (Redner macht eine Pause, da infolge der Privatunterhaltungen der Abgeordneten große Unruhe im Hause entsteht.) (Bürgerpräsident Dr. Krause: Ich bitte um Ruhe, daß mit den Stenographen und der Präfekt den Redner verstehen können. (Heiterkeit.) Abg. Hoffmann (Soz.): Ihr Lachen ist überflüssig. (Bürgerpräsident Krause fordert den Redner auf, seine Geschäftsführung nicht zu kritisieren.) Abg. Hoffmann (Soz.): Es ist mir nicht im Traum eingefallen, die Geschäftsführung des Präfektur zu kritisieren. Ich habe mich nur gegen die bewußte und beabsichtigte Unruhestiftung gewandt. (Da die Unruhe weiter andauert, so macht Redner vor neuem eine Pause.) (Bürgerpräsident Dr. Krause: Ich bitte den Redner, fortzufahren.) Abg. Hoffmann (Soz.): Die Herren können ja außerhalb des Hauses ihre Fraktionssitzungen abhalten.

In Köln hat sich ein wahres Panama ergeben. Deshalb sagen wir, nieder mit diesem Polizeisystem. (Im weiteren Verlauf der Rede des Abg. Hoffmann verlassen die Rechte und der größte Teil des Zentrums den Saal. Auf den Bänken der Rechten sieht man nur zeitweilig einige Abgeordnete.) Abg. Hoffmann (Soz.): Verehrte Abwesende (Heiterkeit), meine ausführlichen Darlegungen sind nur die Folge ihrer Tatsächl vom letzten Samstag, wo sie den Abg. Lübeck nicht reden lassen wollten. Es macht keinen besonderen Eindruck, wenn Sie schon bei einem Sozialdemokraten die Flucht ergreifen, was soll er jetzt werden, wenn der Rossenbach-Block der Arbeiterschaftsbattalione erdröhnt. (Heiterkeit) Dohn und Spott auf das Wahlrecht, Rüstungsstaat und Polizeiabteilung will man uns auf die Dauer zumuteten. Schärmacher, wie Herr v. Kardorff, weisen die Staatsregierung und den König auf einen Weg auf dem Krone und Szepter Gefahren auf. Herr v. Heydebrand hat uns einmal zugrufen: Machen Sie doch Revolution. Wir werden Ihnen aber nicht den Gefallen tun. Wir wollen eine friedliche Entwicklung. Über Sie unterdrücken das Volk bis zur Verzweiflung.

Sie wollen die Revolution von oben, und wer diese herbeiführt, der ist ein Hochverräte.

Dem Minister, der so zweifelhafte Elemente in seinem Kabinett beschäftigt, wie ich es gestern geschildert habe, sollte man das

Gehalt verweigern. Hätten wir ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, so würden wir ihm in Anklagegutstand gegen und seine Amtsenthebung fordern. Der Minister hat einmal die Beamten, die sozialdemokratisch wählten, als Einbrecher, Lügner und Heuchler bezeichnet. Das ist vollständig unrichtig. Wenn irgendwo Heuchler und Lügner sind, so führen sie (mit einer Bewegung nach dem Minister) hier. (Stürmische Proteste bei der Mehrheit.) Bürgerpräsident Krause ruft den Redner wegen seiner letzten Bemerkung zur Ordnung.

Unterstaatssekretär Holtz: Ich möchte scharfe Verwohnung einlegen gegen die Äußerung, die der Abg. Hoffmann gestern gegen den Minister des Innern gestattet hat. Wenn ich davon Abstand nehme, eine Auslassung als das zu bezeichnen, was sie ist, um sie zu brandmarken, so tue ich es mit Rücksicht auf die Würde des Hauses und auf die Sitte, die mit parlamentarisch gezeugt sind. Welchen Eindruck der Abg. Hoffmann mit seiner Bemerkung erweckt hat, darüber ist kein Zweifel. Das Wort Blut ist ein Wort des Feinds und der Verachtung. (Abg. Hoffmann: Den habe ich auch!) In wie weiten Kreisen des Volkes das Vorgehen des Abg. Hoffmann verurteilt wird, zeigt ein Artikel der "Berliner Volkszeitung". Darin heißt es: "Wir sind die Leute, die die parlamentarische Rede freiheitlich beschränken wollen. Aber der Anstand muß unter allen Umständen gewahrt werden, und die sozialdemokratische Fraktion der zweiten preußischen Kammer sollte darauf sehen, daß solche Entgleisungen vermieden werden." Mit dieser vernichtenden Kritik kann ich den Abg. Hoffmann in diesem Punkt verloren. (Stürmischer, anhaltender Beifall. Die darauf folgenden Zwischenrufe gehen in den erneut brausenden Beifallsrufen verloren.) Was die übrigen Ausführungen des Vorredners betrifft, so entbehren die Angriffe gegen Senator, Landräte und Polizeibeamten vollständig jeder Begründung. Seine Ausführungen waren für auswärtig stehende Kreise bestimmt. Wenn der Einbruch erweckt werden soll, der große Volksmann Hoffmann habe die Beamten vernichtet, so überlasse ich die Wirkung derartiger Anschuldigungen dem Urteil des Hauses.

(Stürmischer Beifall. Zurufe des Abg. Hoffmann. Rufe rechts: Ruhel. Erneuter lebhafter Beifall.)

Abg. Graf von der Großen (cons.): Zunächst spreche ich mein Bedauern darüber aus, daß die Stenographen bis zu später Stunde ihres Amtes haben walten müssen. Ich hoffe, daß ein solcher Fall sich nicht wieder ereignen möge.

Wir sind bereit, an einer Änderung der Geschäftsordnung dahn zu wirken, daß nach einer gewissen Rücksicht das Haus zu befragen ist, ob der Redner weitersprechen darf.

Der starken Verschuldung der Landgemeinden muß entgegen gewirkt werden. Wir treten für einen Schuh der Arbeitswilligen ein und wenden uns entschieden gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten. Wir sind stets im Kampfe gegen die Sozialdemokratie vorangegangen. Die Freisinnigen, die Wahlkommunisten mit den Sozialdemokraten abschließen, können nicht ernstlich behaupten, daß sie die Sozialdemokratie beklagen.

Wir wollen nicht, daß sich das Reich auf Kosten der Einzelstaaten ausdehnt.

Wir widersehen uns auch entschieden dem Bestreben der Linken, welche die parlamentarische Macht erweitern und die Stellung des Königs schwächen will. Wir wollen auch keine Demokratisierung unseres Wahlrechts. Wir wünschen, daß der Wettstand bei den Wahlen maßgebend bleibe. Unser evangelisches Bekennnis wollen wir uns nicht rauben lassen. Der Abg. Rohmann meinte, die letzte Rede Henderbrands habe einen ironischen Beifall gezeigt. Das war nicht der Fall. Die Rede enthielt eine ernste Mahnung zur Sammlung aller national gesinnten Kräfte. (Beifall rechts.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Es ist darüber gellagt worden, daß der Kreis Niederbarnim die Umsatzsteuer kurz vor dem Anlauf der Herrschaft Bonke durch die Stadt Berlin erhöht hat. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Umsatzsteuer der Stadt Berlin in 8 Tagen genehmigt worden ist, die Aufschlagssteuer in 9 Tagen und die Umsatzsteuer in Niederbarnim in 10 Tagen. Es handelt sich bei der Angelegenheit um kaltlose Anlagen seitens Berlins gegen die Staatsbehörde, welche die Umsatzsteuer in Niederbarnim genehmigt hat. Eine solche Kampfweise, bei welcher die öffentliche Meinung gegen die Staatsregierung aufgepeitscht wird, wird man als objektiv nicht anerkennen können. (Beifall rechts.)

Abg. Rohmann (nati.): Der Abg. Hoffmann hat die Tribüne nicht braucht.

Zu diesem Missbrauch der Redefreiheit sehen wir ein unverantwortliches Spielen der Sozialdemokraten mit dem Ansehen des Hauses. (Lebhafter Beifall.) Wir protestieren gegen den Versuch eines Vertreters einer kleinen Minorität, die Mehrheit des Hauses zu erhöhen. Im vorigen Jahre hat hier ein Sozialdemokrat sein eigenes preußische Vaterland in einer Weise geschmäht, wie das noch in keinem Parlament vorzufinden ist. (Lebhaftes Lachen) Das einzige Erfreuliche an dieser Debatte ist, daß sie gezeigt hat, daß zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum eine solche Kluft sich befindet, die sich niemals überbrücken läßt. (Lebhaftes Zustimmen.) Ich möchte warnen, ab irato die Geschäftsordnung zu ändern; aber wenn der Rechtheit die Gebüld reicht, dann ist die Sozialdemokratie schuld daran. Mit der Auffassung des Ministers hinsichtlich des Vorgehens Tagoffs sind wir einverstanden. Ich bedauere, daß die Freisinnigen unseres Antrags betreffend den Schuh der Arbeitswilligen, ablehnen, weil der Antrag einen liberalen Gedanken, nämlich den Schuh der persönlichen Freiheit, enthält. Wir bedauern auch, daß die Regierung bei Arbeitsstreitigkeiten nicht immer mit der nötigen Energie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingetreten ist. Wäre das geschehen, dann wäre die Bergewaltung Arbeitswilliger häufig vermieden worden. Wir würden uns freuen, wenn die Fortschrittliche Volkspartei mit uns das Gefühl der Gemein gefährlichkeit der Sozialdemokratie teilen würde. Der Abgeordnete Rohmann hat neulich die Tonart des "Berl. Tagebl." kritisiert. Wir bedauern es sehr, daß das "Berl. Tagebl." unter der Maske eines bürgerlichen Blattes den Radikalismus in weite Schichten des Volles trügt. Was die Angriffe des Abg. v. Kardorff gegen den Abg. Schäffer betrifft, so verbitte ich uns ein Hineinreden in unsere Parteiverhältnisse.

Die Äußerungen auf dem Preußentag waren besonders aus dem Grunde beklagenswert, weil dadurch antisozialistische Tendenzen hervorgerufen worden sind.

Bei den Vorbereitungen zu den neuen Handelsverträgen sollten sich Industrie und Landwirtschaft zusammenfinden. Der Block des Fürsten Bülow stand auf schwachen Füßen. (Sehr richtig! rechts.) Aber der Grundgedanke des Fürsten war ein durchaus richtiger, denn ein Zusammenspiel von Rechts und Links würde in vielen Fällen segensreich sein. Vor allem möchte ich an die Konservativen die Mahnung richten, die industrielle Krise zu unterlassen, wie es z. B. bei der Wahl in Oeklo-Lyl geschehen ist. Die bürgerlichen Parteien sollten gemeinsam zusammen wirken; das kann aber nur geschehen, wenn sie sich gegenseitig die nötige Achtung entgegenbringen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die Behauptung des Vorredners, daß die Staatsbehörden bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bei Unruhen nicht immer mit der nötigen Energie eingetreten seien, kann ich als zutreffend nicht anerkennen. Durch Polizeiverordnungen und entsprechende Weisungen an die Exekutivbeamten wird das Erforderliche veranlaßt. Es ist nötig, daß auch die Arbeitgeber an der Aufrechterhaltung der Ordnung an der Arbeitssättigung mitwirken.

Abg. Herold (Cent.): Bei dem Liebeswesen der Parteien in den letzten Tagen stand das Zentrum unbeteiligt in der Mitte. Abg. Rohmann hat den Bülow-Block gerühmt. Wenn der Block die Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten gewollt hätte, dann wäre es eine verständige Politik gewesen, daß der Block aber gegen das Zentrum gerichtet war, das auf das allerentfernteste bestrebt ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, kann nur als ein politischer Fehler bezeichnet werden. Wenn behauptet wird, in der Zentrumspartei herrsche der demokratische Flügel, so ist das unrichtig. An der Geschlossenheit der Zentrumspartei sollten sich die anderen Parteien ein Muster nehmen. Ich hoffe, daß sich zur Aufrechterhaltung unserer bewährten Wirtschaftspolitik die alte Zollmehrheit zusammenfinden wird.

Den Antrag auf größeren Schuh der Arbeitswilligen lehnen wir ab, da die Polizei genügende Handhaben hat, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Wir stehen auf dem Boden der Parität, gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber. Daß die Organisation der christlichen Gewerkschaften sich gegen die Unternehmer richte, ist eine ganz unbegründete Behauptung. In der Ostmarkenpolitik scheint es sich um eine Art Nebenregierung zu handeln. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, daß das Jesuitengesetz immer noch nicht aufgehoben ist. Wir sind es nicht, die den konfessionellen Frieden stören. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. v. Kardorff (freilof.), Hösch (cons.), Hoffmann (cons.) und Dr. Schröder-Stepff (nati.) wird die Weiterberatung auf morgen 12 Uhr verlegt. — Schluß 4½ Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

wb. Berlin, 11. Febr. In der heutigen Sitzung des deutschen Landwirtschaftsrats wurde auf Antrag des Geh. Medizinalrats Professor Dr. Voellkner-Berlin beschlossen: Der deutsche Landwirtschaftsrat empfiehlt die Bereitstellung reichlicher Mittel zur weiteren energischen wissenschaftlichen Erforschung der Maul- und Maulwurselfrage. Ferner wurde bezüglich der Baumwollversorgung Deutschlands nach Empfehlung des Staatssekretärs Dr. Solf beschlossen, dem Reichskanzler zu empfehlen, alle geeignete erscheinenden Maßnahmen zur Förderung der Baumwollkultur zu ergreifen; insbesondere empfiehlt der deutsche Landwirtschaftsrat in den Etat des Reichscolonialamts für 1914 die erstmals eingestellten 150 000 Mark für Förderung der Baumwollkultur in den deutschen Schubgebieten im Etat für 1915 auf 200 000 Mark und für die weiteren Jahre auf die gleiche Summe zu erhöhen.

Die Ergebnisse der Wettbewerbe um die Nationalflugspende.

Deutschland im Flugwesen an erster Stelle! wb. Berlin, 11. Febr. Das Kuratorium der Nationalflugspende hat für die unmittelbare Förderung der Flugleistungen rund 1 600 000 Mark ausgesetzt. Hier von war die Hälfte als Dauerleistungen für die Dauerflüge und für Unterstützung großer Gipfelreisen sowie zu technischen Wettbewerben ausgesetzt. Da nun durch die außerordentlichen Leistungen der deutschen Piloten die Summe von 800 000 Mark überraschend schnell erschöpft ist, können weitere Flüge im Rahmen der diesjährigen Ausführungen nicht mehr prämiiert werden. Infolge des Einflusses der zugesicherten Prämien haben sich die Leistungen so gesteigert, daß der Vorsprung Frankreichs heute sowohl hinsichtlich der Fernflüge innerhalb 24 Stunden als auch der ununterbrochenen Dauerflüge weit überboten ist. Nachdem Deutschland in den Besitz der wichtigsten Weltrekorde durch die Leistungen Stöpplers gekommen ist, ist das deutsche Flugwesen an die erste Stelle gerückt.

Die Folgen des Generalpardons.

† Berlin, 11. Febr. Ein überraschendes Ergebnis hat der Generalpardon in Remscheid erzielt. Wie dem "R. L." gemeldet wird, hat ein Brennereibesitzer in Remscheid, der äußerlich in den einfachsten Verhältnissen lebte und bisher 2 Millionen Mark versteuerte, zum Wehrbeitrag auf Grund des Generalpardons ein Vermögen von 19 Millionen Mark deklariert.

Konservative Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung im preußischen Landtag.

8. Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht) Wie man schon heute aus der Rede des Abgeordneten Grafen von der Großen entnehmen konnte, haben die Konservativen beschlossen, ihre Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung, die sie vor zwei Jahren vorlegten, die aber seinerzeit in der Geschäftsordnungskommission

steden blieben, wieder einzubringen unter nachdrücklicher Bezugnahme auf den Fall Hoffmann. Unter Berufung auf diesen Zwischenfall wird die konervative Fraktion, dem Vernehmen nach, tatsächlich eine Verhinderung der Redezeit fordern, und zwar auf eine oder zwei Stunden bei Generaldebatten, auf eine noch kürzere Frist bei Spezialberatungen.

Weiteres vom Marineamt in der Budgetkommission.

W. Berlin, 11. Febr. Bei der Weiterberatung des Marinetaats in der Budgetkommission des Reichstags (vergl. Druckschriften in der Abendausgabe, Schriftl.) erklärte der Vertreter des Reichsmarineamts auf eine Anfrage bezüglich des Unglücks des Torpedoboots „S 178“, seitens der Marinaverwaltung sei nichts untersucht gesessen worden, das Wrat zu finden. Mit der Fischereigesellschaft, deren einer Dampfer glaubte, das Wrat gefunden zu haben, seien Verhandlungen geflossen worden. Auch eine Prämie für die Rettung sei ausgezahlt worden. Bisher seien die Bemühungen erfolglos gewesen. Über die Kartellierung der Schiffbauindustrie äußerte der Staatssekretär, der Versuch sei mißlungen. Für seinen Teil würde er einen solchen Zusammenschluß bedauern.

Die Elsaß-Lothringische Kammer und der Kaiserliche Guadafond.

W. Straßburg, 11. Febr. In der zweiten Kammer des Elsaß-Lothringischen Landtags, in der heute zum ersten Male auch der neue Justizminister Dr. Freytag anwesend war, beantragte der Abgeordnete Fuchs (Sos.) namens seiner Partei die Streichung des kaiserlichen Guadafonds in Höhe von 100 000 M., da dieser seine Gültigkeitsberechtigung mehr habe. Wenn die Summe notwendig wäre, dann sollte sie durch die Volksvertretung votiert werden. Seine Partei sei der Auffassung, wenn der Monarch Geschenke machen wolle, sollte er gefällig in die eigene Tasche greifen und nicht die Steuergroschen des Volkes zu Guadafondsen benutzen. Durch die dreijährige Debatte über diesen Fonds habe die Kammer schließlich nur erreicht, daß ihr die vertrauliche summarische Auseinandersetzung über die Verwendung der Summe gemacht wurde, welch letztere nach Mitteilungen des verflossenen Staatssekretärs in der Haupftaube für Beamtenwesen und bedürftige Beamtenfamilien bestimmt wurde. Abg. Fuchs wußt' sodann dem Zentrum vor, daß es seinerzeit bei der Streichung des Fonds umgefallen sei und habe einen Kuhhandel mit dem Staatssekretär Born von Sulz getrieben. Der Guadafond entspreche nicht dem Empfinden der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung. (Sehr richtig! und Bravo!) — Auf Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Martin wurde namentlich abgestimmt. Hierbei stimmten 28 Abgeordneten mit ja und 23 mit nein. Der Fonds bleibt also bestehen.

Ein Verweis für den Vorsitzenden des Preußenbundes.

W. Hannover, 11. Febr. Die Handelskammer Hannover führte in ihrer letzten Vollversammlung einstimmig eine Resolution, in der dem Syndikus Dr. Rode, der an der Preußenbundstagung sich betätigt hat, die Missbilligung ausgesprochen wird, daß er seine Zeit und Kraft für eine Tätigkeit verwandt habe, welche die Erfüllung seiner umfangreichen dienstlichen Aufgaben beeinträchtigen mußte. Die Tätigkeit Dr. Rodes für

den Preußenbund wurde in der Handelskammer sowie bei den Angehörigen von Handel und Industrie im Bezirk der Handelskammer Hannover allgemein verurteilt.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis der Reichstags-Ersatzwahl in Magdeburg 3.

W. Burg, 11. Febr. Es erhielten Rittergutsbesitzer Schiele-Schollene (kons.) 12 089, Fleischermeister Kobell-Magdeburg (Wolfsb.) 6909 und Expedient Haupt-Magdeburg (Soz.) 12 667 Stimmen. Es findet demnach Stichwahl statt zwischen Schiele und Haupt.

30 000 Schmähbriefe an v. Reuter.

W. Braunschweig, 11. Febr. Wie der „Braunschweiger Landeszeitung“ von wohlunterrichteter Seite aus Strohburg gemeldet wird, hat Oberst v. Reuter außer den bereits gemeldeten Glückwünschen anlässlich seiner Freiabrechung auch über 30 000 Briefe, Postkarten und Telegramme befleidigen und schmähenden Inhalts aus Elsaß-Lothringen zugestellt erhalten.

Die Lage in Tokio.

W. Tokio, 11. Febr. Heute ist keine Spur der gestrigen Erregung übrig. Obgleich die Opposition die Aufmerksamkeit nun der Steuerfrage zuwendet und die Agitation in das ganze Land tragen will, glaubt man ihr Rückgrat gebrochen, und daß die Regierung die Krise übersteht.

Ein neuer deutscher Höhenweltrekord mit vier Passagieren.

W. Johannisthal, 11. Febr. Heute vormittag 10,40 Uhr startete der Diplomingenieur Thelen mit seinem Albatros-Pfeiloppeldecker neuesten Typs mit der Absicht, einen Höhenrekord mit vier Passagieren aufzustellen. Thelen landete um 12,25 Uhr, nachdem er eine Höhe von 2850 Meter erreicht hatte. Er hat damit den Höhenweltrekord, den der Franzose Garat mit 2750 Meter aufstellte, geschlagen.

Unfall des jugendlichen Piloten v. Bismarck.

Schwerin, 11. Febr. Heute soll der jugendliche Pilot v. Bismarck dem Großherzog auf dem Flugplatz Görlitz seinen Eindecker vorführen. In einer Höhe von etwa 1500 Metern stürzte der Apparat vor dem Großherzog ab. Beim Aufschlag explodierte der Motor. Der Flieger wurde schwer verletzt, erlitt aber nur unbedeutende Verletzungen. Der Großherzog blieb unverletzt, der Apparat wurde zertrümmer.

Strandung eines Dampfers.

London, 11. Febr. Der auf der Fahrt nach Cardiff befindliche Dampfer „Schwieriges“ ist an den Felsen gestrandet. Rettungsboote versuchten die Besatzung zu bergen.

Kapitän Schmidt zum Tode verurteilt.

W. Rio Dorf, 11. Febr. Der Röder Schmidt ist zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt worden; die Hinrichtung ist auf die mit dem 23. März beginnenden Rode angesetzt.

W. Bremen, 11. Febr. Professor Pauli, der von der Stadt Bremen mit allerlei Versprechungen zu halten versucht worden war, hat den Ruf der Stadt Hamburg, der Nachfolger Richtwarks zu werden, angenommen.

W. Bremen, 11. Febr. Hier hat der Landgerichtsrat Brand in seiner Wohnung Selbstmord verübt.

W. Ulma, 11. Febr. Der Arbeiter Monchsmöhl ermordete seine drei Kinder, Mädchen im Alter von vier, sechs und sieben Jahren, mit einem Beil und beging dann Selbstmord. Die Frau hatte sich aus Furcht vor Wirkungen aus dem Fenster gestürzt und schwere Verletzungen erlitten.

W. Helsingfors, 11. Febr. Bei einem Brand des Armenhauses im Stadtviertel Silomontti im Bezirk Kruunio sind fünf Personen umgekommen. Eine Person ist verbrannt, viele erlitten Brandwunden.

Aus unserem Leserkreise.

(Richt interessante Einzelheiten Ihnen jederzeit zugetragen, noch aufzumachen werden.)

W. Erbenheim, 9. Febr. Der vor einigen Jahren zwecks Mitberatung von Gemeindeangelegenheiten hier gegründete Haus- und Grundbesitzerverein ist leider auf seinen Nachbarn eingestanden. Es wäre endlich Zeit, daß er sich wieder seiner Pflichten erinnern würde. Denn man kann doch nicht annehmen, daß er nur zu Wirkungen geschaffen wurde. Gerade jetzt steht wieder ein Punkt im Vorberatung des öffentlichen Interesses. Es handelt sich um Festlegung des Bebauungsplanes an der Wiesbadener Straße. Da ist es doch wichtig, wenn hier — nicht wie bei der Belegung der Umgebungstraße, die in großer Stille vor sich ging — auch die Stimmen aus der Bürgerschaft Gehör finden würden. Was jämmerliche Vororte in den letzten Jahren aufzutragen beginnen, ist hier in Erbenheim noch immer eine „unbekannte Gegen“.

An die Anlegung von Villenbaugebieten für Kleinwohnbauten — für Beamten u. a. — wird nicht gedacht. Beermann kommt die Heranziehung von steuerpflichtigen Leuten, damit wir wieder zum Steuerfeste von 100 Gros. zurückkehren. Wie dieses anzuwenden ist, könnte sehr wohl in einigen Sitzungen des genannten Vereins erörtert werden.

Reklamen.



Wer Odol konsequent täglich anwendet, führt nach unseren heutigen Kenntnissen die denkbare beste Zahns- und Mundpflege aus.

Preis: 1/2 Flasche (Monat ausreichend) 21.50' 1/2 Flasche 11.50' F 104

Handelsteil.

Die chemische Grossindustrie.

V.

Kalle & Co., A.-G., Biebrich a. Rh.

Die Kalle & Co. A.-G. Biebrich a. Rh., Fabrik von Teerfarbstoffen, sowie chemischen und pharmazeutischen Präparaten wurde zu Beginn des Jahres 1863 von Dr. Wilhelm Kalle als alleiniger Inhaber und seinem Vater Jakob Alexander Kalle als Kommanditist gegründet. Als Fabrikstätte diente zuerst ein innerhalb des jetzigen Fabrikgeländes gelegenes gemietetes Lokal. Im Jahre 1863 wurde das erste Grundstück erworben, worauf dann bald eine eigene Fabrikstätte bezogen und damit der Grundstein zu der später so ausgedehnten Fabrik gelegt wurde. Diese umfaßt heute 12 ha 45 ar, von denen 2 ha 85 ar bebaut sind. Mit 3 Arbeitern wurde 1863 die Fabrikation aufgenommen, während die Arbeiterschaft heute über 800 und die der Beamten etwa 340 beträgt. Nach dem Eintritt Fritz Kalles 1863 als zweiter Teilhaber, erhielt die Firma unter gleichbleibenden Namen die Form einer offenen Handelsgesellschaft, welche sie beinahe 40 Jahre beibehielt. Im Jahre 1904 wurde sie mit einem Kapital von 3½ Millionen Mark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, bei welcher Gelegenheit der Gründer und langjährige Teilhaber der Firma, Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Wilhelm Kalle, in den Aufsichtsrat übertrat. Das Kapital wurde im Jahre 1906 auf 4, im Jahre 1907 auf 4½ Millionen Mark erhöht. Die Hypothekarreihe beträgt 1750 000 Mark. An Dividenden verteilt das Unternehmen in den letzten 4 Jahren regelmäßig 10 Proz.

Ursprünglich, bei der Gründung der Fabrik, wurden nur Fuchsine und etwas spritzliches Blau hergestellt. Bald folgten weitere Farbstoffe und schon im Jahre 1879 gelang es ihr, im Biebricher Scharlach den ersten sekundären Disazofarbstoff darzustellen. Ihm folgte im nächsten Jahre die Auffindung der Croceinsäure, mit deren Hilfe die Gruppe des Biebricher Scharlachs weiter ausgebaut wurde. Im Laufe der Jahre schlossen sich an u. a. Biebricher Säurekina, Biebricher Säureviolett, Echtwollgrün und Wollgrün. Bemerkenswerte Etappen in der Entwicklung des Fabrikationszweiges der Azofarbstoffe stellt alsdann die Fabrikation der Biebricher Patentfarbzwarmarken dar. Mit der Eröffnung dieser Fabrikation im Jahre 1895 begann der für die folgende Entwicklung des Unternehmens bedeutsame Fabrikationszweig der schwarzen Wollfarbstoffe, welcher namentlich durch den Aushub der primären Disazofarbstoffe aus der 1,8-Amido-naphtho-4,8-Disulfosäure K (bekannt unter dem Namen K-Säure) vertieft und vervollständigt wurde. Die Gruppe der schwarzen direkten Baumwollfarbstoffe ist vertreten durch eine Reihe von Marken, die unter dem Namen Carbon-, Naphthamin-, Naphthaminc- und Naphthamindirektschwarz bekannt sind. In der Entwicklung der Anilinfarbenindustrie folgte auf die substantiven Baumwollfarbstoffe die Einführung der Schwefelfarben; auch deren Fabrikation wurde sofort aufgenommen und führte zu einer Anzahl von Produkten, die in allen Schattierungen die Gruppe der Thionfarbstoffe bilden. Ganz besondere Aufmerksamkeit erregte in neuerer Zeit die Gruppe der neuen Kupenfarbstoffe, schwefelhaltige Analoga des Indigos. Die Firma Kalle & Co. war es, die s. Zt. als ersten Vertreter dieser neuen Gruppe das Thio-indigo rot in den Handel brachte. Die Thionfarbstoffe zeichnen sich durch hervorragende Echtheitsgarantien aus und sind daher berufen, namentlich in der Wollfärberei

eine große Rolle zu spielen. Schon jetzt darf nach kriegsministerieller Anordnung das rote Militär-Besatztuch, für das früher Cochenille Verwendung fand, nur mit dem Thioindigocharach der Firma Kalle & Co. gefärbt werden. Auch für Feindgrau haben sich die Thionfarbstoffe als von einer bisher nicht erreichten Trageechtheit erwiesen. In dem Maße, als die Fabrikation der Farbstoffe erweitert wurde, nahm auch die Fabrikation von Zwischenprodukten zu. Die zur Herstellung der Azofarbstoffe erforderlichen Amidosulfosäuren der Benzol- und Naphthalinreihe werden zum größten Teil in der Fabrik hergestellt.

Schon frühzeitig wandte man die Aufmerksamkeit einem sehr wichtigen Fabrikationszweige der organisch-chemischen Industrie, den synthetisch dargestellten Arzneimitteln zu. Im Jahre 1886 wurde die Fabrikation des Chamicin-Rom und Silber-Bologna erfundene Jodols — Tetrajodpyrrol — aufgenommen. Dem Jodol folgte alsbald die Aufnahme des Antifebrius (Hepp und Kahn), dann die des Oroxins (Paul-Erlangen). Die Fabrikation des Oroxins im großen war nur dadurch möglich, daß die Vorbedingung für seine Herstellung, die technische Gewinnung reinen o-Nitrobenzylchlorids, durch die vorhin erwähnte Darstellung des synthetischen p-Rosanilins gegeben war. Später (1897) erfuhr die Herstellung des Oroxins durch die Einführung des Oroxin-Tannates (E. Fischer und Reinhard) eine bedeutsame Verbesserung. Ihm folgten als weitere Arzneimittel: Dormiol, Bismutose, Bismut, Crurin, Histol, Neuronal, Bioferrin, Nysargin, Danol usw. Mit der Aufnahme des Nastins, eines nach den Angaben von Deycke-Hamburg aus der Streptothrix leptoidea gewonnenen Präparates zur Bekämpfung der Lepre des Tuberkulose-Immunblut-Körpers „L. K.“ nach Carl Spengler-Davos, und eines neuen von Rosenbach-Göttingen angegebenen Tuberkulins, hat die Firma mit Erfolg das bakteriologisch-serologische Arbeitsgebiet betreten. Von besonderer Bedeutung sind endlich die von der Firma angeknüpften überseelischen Export-Verbindungen, vor allem zum Zweck des Handels mit den fernen Ländern, die wir schon früher erwähnt haben.

Die Gliederung des Werkes sei nur in den folgenden kurzen Worten angegeben: Laboratorien, Betriebe, Versuchsfabrik, die kaufmännischen Abteilungen, Ingenieur- und Patent-Bureau, juristisches Bureau, pharmazeutische Abteilung, zahlreiche Hilfsbetriebe, sie alle vereinen ihre Tätigkeit zu gedecklicher Arbeit und anspruchsvollem Erfolg. Die Fürsorge für das Wohl der Angestellten und Arbeiter reicht weit zurück. Schon im Jahre 1871 wurde ein Arbeits-Ausschuß — Ehrenrat — gegründet, der zur Mitwirkung bei der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft berufen ist. Ebenso war bereits vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsgesetze eine Betriebs-Krankenkasse geschaffen worden. Der Direktion der Firma Kalle & Co., die übrigens am 11. Mai 1908 ihren Anschluß an die Interessengemeinschaft Höchster Farbwerke und Leopold Cassella in der Weise beschloß, daß die Großaktionäre der Kalle-Gesellschaft gegen Hingabe von 4 Millionen Mark ihrer Aktien für 1 600 000 M. neue Farbwerk-Aktien erhielten, gehörte zurzeit folgende Herren an: Geh. Kommerzienrat Dr. Will. Ferd. Kalle, Biebrich a. Rh., Dr. Eugen Fischer, Stelly, Eug. Schmitz, Wiesbaden; Ansto. Brunner, New York; Procuristen sind die Herren: A. A. Ahrens, W. Todt, Jul. Wagner, Dr. Jul. Oppermann, Dr. K. Albrecht, Dr. K. Elbel, E. Empfing, K. Lämmann, J. Mayer, Dr. H. Reinhardt, sämtlich in Biebrich a. Rh.

Berliner Nachbörse.

W. Berlin, 11. Febr. Nachbörselich vollzog sich die erneute Hause in Schanzungsaktion auf Kaufe zweier Großhändler;

sonst war das Kursniveau unter leichten Schwankungen ziemlich behauptet. Phönix litt unter Bremer Abgaben. Der Kassennmarkt entbehrt der einheitlichen Kursgestaltung.

Kreditaktien	208	Canada	217 1/2	Rhein. Stahlw.	163 1/4
Hand.-Gesell.	162 1/2	Orientbahn	189 1/2	Rombacher	160 1/2
Commerzbank	111 1/2	Meridian	—	Paketfahrt	144—
Darmstadt, Ban.	123 2/3	Pennsylvania	—	Hamburg-Südsee	177 1/2
Deutsche Bank	258	Henri	161—	Hans.-Dampfsch.	264 1/2
Disk.-Kommand.	194 1/2	4½ Russen (1902)	61 1/2	Lloyd	125—
Dresdner Bank	157 1/2	Türklose	169 1/2	Dynamit-Trinst.	179—
Nationalbank	118 1/2	Amaz.-Friede	168—	Naphtala-Nobel	408—
Schaffhauser	103	Bochumer	228 1/2	Allg. Elektrizit.	249 1/2
Pet. Int. Münzb.	207 1/2	Luxemburger	142 1/2	D. Uebersee El.	179 1/2
Lüb.-Büchener	—	Gelsenkirchen	194 1/2	Siemens	212 1/2
Schantungsbahn	136 1/2	Harpener	169 1/2	Schuckert	162 1/2
Lombarden	22 1/2	Hohenloewirk.	128 1/2	Gra. f. elektr.	—
Anatolier	—	Laurahütte	164 1/2	Ustera	166 1/2
Baltimore	95 1/2	Phönix	243 1/2	South-Westair.	310 1/2

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schließhalle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-55.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 10 Pf. monatlich, M. 2. — vierjährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Springer'sche, M. 8. — vierjährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausländische Buchhändler. — Bezahlung: Bezahlungen nehmen außerdem entgegen: in Wieden die Börsig'sche Buchhandlung 20, sowie die Ausgabenstelle in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Ausgabenstelle und in den benachbarten Landstädten und im Rheingau die bereitstehende Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Abnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümmerstr. 66, Fernspr.: Amt Uhlstand 450 u. 451. Für die Abnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen

Anzeigen-Preis für die Seiten 15 bis 18 für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einzelner Schrift; 20 Pf. für den übrigen Satzauflösung, sowie für alle übrigen losen Anzeigen; 30 Pf. für alte auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Zeitungen; 2 M. für auswärtige Zeitungen. Banze, Kalbe, Dittel und Vortel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei mehrmaliger Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Donnerstag, 12. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 72. • 62. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Herr Sjasonow.

O Berlin, 11. Febr.

Die von Herrn Sjasonow veranlaßte (in der gestrigen Abendausgabe bereits mitgeteilte) Richtigstellung seiner in der Duma-Kommission gemachten Bemerkungen über mögliche deutsche Versuche, zur Erzielung eines besseren Handelsvertrages mit Russland internationale Schwierigkeiten herbeizuführen, ist das Ergebnis eines von unserem Botschafter in Petersburg auf Erreichen des Auswärtigen Amtes getanen Schrittes. Der Botschafter hat um Aufklärung über die Angelegenheit, und die Antwort war, daß der russische Minister des Auswärtigen feststellte, er habe die ihm zugeschriebenen Worte nicht gebraucht. Zwischen den Äußerungen Sjasonows in der Budget-Kommission der Duma und diesem Dementi liegen drei Tage. Am 7. Februar fand die betreffende Sitzung der Duma-Kommission statt, am 10. Februar kam die Richtigstellung. Herr Sjasonow hat also Gelegenheit gehabt, sich vor den von ihm gegebenen Aufklärungen davon zu überzeugen, welche Wirkung die Berichte über seine Äußerungen in Deutschland gemacht hatten. Mit der nunmehr erfolgten Aufklärung ist für die möglichen Berliner Stellen die Angelegenheit selbstverständlich abgetan. Es kann nicht die Aufgabe der Reichsleitung sein, nachzuprüfen, wie es möglich war, daß die Worte des Herrn Sjasonow in der Kommission der Duma so arg entstellt wurden, vielmehr darf es nunmehr für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt nur eine einzige Darstellung geben, und das ist die von Herrn Sjasonow bekannt gegebene. Mit welchen Empfindungen hier die Angelegenheit betrachtet worden ist und wohl noch wird, das bleibt freilich eine Sache für sich.

Der Hoffmannskandal.

Die ungewöhnlichen Vorgänge, deren Schauplatz gestern und gestern das Abgeordnetenhaus war, werden wohl nicht ohne Folgen bleiben. Die Ankündigung des Abgeordneten von der Großen, daß erneut eine Änderung der Geschäftsordnung erwogen werden sollte, durch welche Herausforderungen der Mehrheit, wie die durch den Abgeordneten Hoffmann, in Zukunft verhindert werden könnten, ist ernst zu nehmen. Die Entrüstung über den sozialdemokratischen Dauerredner ist allgemein, sie wird auf der Linken ebenso wie auf der Rechten und im Zentrum geteilt. Wenn jetzt die Konservativen die ihnen vielleicht nicht unwillkommenen Gelegenheit benutzen sollten, Beschränkungen der Redefreiheit zu beantragen, so wäre die Gefahr nicht gering, daß diesmal ein solches Maßnahmengesetz durchgeht, werden könnte. Der Widerwunsch der liberalen Fraktionen würde die drohende Gefahr nicht zu verhindern vermögen. Die Unzuverlässigkeit des Abgeordneten Hoffmann wird auch von den Genossen dieses platten Schwägers nicht bestritten; gegen Völkereien nach Art der verschütteten und bösartigen Angriffe auf den Minister des Innern würde übrigens auch die strenge Geschäftsordnung keinen Schutz gewähren können. Das ist der durch große Wahlerfolge gesteigerte Hochmut einer Partei, deren Bestrebungen darauf hinausgehen, die Fundamente des Reiches und unserer Monarchie zu unterstoßen.

Da gibt es kein Valtieren, sondern den Stumpf. (Weiß.) Ich nehme die entschiedenen, mutigen und siegesbewußten Worte des Grafen Schwerin zum Pfande dafür, daß die deutschen Landwirte in diesem Kampfe immer in vorderster Reihe stehen, und es hat reich, meine Herren, denn mit Ruhm, mit Verdienst können wir in diesem Kampfe nicht siegen.

Wir leben in einer Zeit der Unlust an dem Gange der innerpolitischen Geschäfte. Ich will mich in Ihrem Kreise und als ein gern und dankbar gekommener Gast nicht schärfster ausdrücken. Draußen im Lande sind mir ja auch andere Töne entgegengesetzten. In falschen Zeitläufen pflegen wir Deutsche uns leider besonders liebwillig in unsere eigenen Schwächen zu vertiefen, und so hat sich auch jetzt wieder, ebenso wie es bei schlechtem Wetter alle Leibesschäden und auch sonst vernarbte Wunden tun,

die alte deutsche Nationalstunde des Partikularismus neu gemeldet. Die Italo in partis ist zwar ein altes Institut, aber es vermag, wenn der Gegner maskiert dasteht. Mit staatlicher Absonderung und Vereinzlung legen wir nur die Kräfte in unbrauchbare Gegensätze seit. Hier, meine Herren, im Kreise des Deutschen Landwirtschaftsrates, das zeigen deutlich die unpatentlichen Ausführungen des Grafen v. Cetto, die so lebhaft anhören fanden, fragen wir jedenfalls nicht nach Stamm und Art. Hier arbeiten wir an gemeinsamen Ausgaben in dem Bewußtsein, damit staatsverhaltende Arbeiten für das ganze Reich zu tun. (Lebhafter Weiß.) In diesem Kreise wird es dann auch richtig verstanden werden, wenn ich frage:

Sollen wir gegen die Ausartung demokratischer Einrichtungen, die die Schäfer des Reiches in der ausgedrohten Weise geschaffen haben, die partikularistische Regierung der deutschen Stämme wiederzuhalten, sollen wir die Hölle und Abwehr suchen in der Reibeslebung ebensolcher partikularistischer Tendenzen?

Deutscher Landwirtschaftsrat.

O Berlin, 11. Februar.

Im weiteren Verlaufe des zweiten Tages der diesjährigen Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates wurden zunächst (Vergl. Drucksbericht der heutigen Morgen-Ausgabe) geschäftliche Angelegenheiten erledigt. — Zu dem Thema „Schafzucht und Schafwolle-Produktion in

Erinnern wir uns doch an das, was uns in den letzten Jahrzehnten auch über die politischen Gegensätze hinaus einig und stark gemacht hat und was und auch in der Gegenwart einig und stark erhält und erhalten muss. Das ist die Arbeit, in der die Gesamtheit der wirtschaftlichen und politischen Kräfte der Nation freigeworden ist und im Dienste heimischen Fleisches und weltumspannender Unternehmungen rastlos nach immer neuer Bedeutung drängt. Dabei ist manches Alte, manches Gute, manches Lieb gewordene zerstört worden in der Hoffnung und Intensität unserer Entwicklung. Unser heutiges Leben zwingt uns in andere Bahnen, vor viele neue Aufgaben, die jeder neue Tag jedem Befrei stellt, darüber brauche ich zu Ihnen nicht zu sprechen. Die gewaltigen Fortschritte der deutschen Landwirtschaft sind ein bereites Zeugnis dafür. Mit neuen Erfindungen, mit neuen Entwicklungen und mit neuen Zuständen nicht zu spielen, sondern sie auszunützen, sie zu meistern, das ist unsere täglich neue, ernstliche Aufgabe. Und der Geist solcher Arbeit, der auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens droschend und neubauend wirkt, der wird im Zusammenhang aller vom Staatsbewußtsein getragenen Elementen im ganzen Reiche stark genug sein, um die Kräfte niederguhalten, die in der gärenden Entwicklung unserer Zeit das Gefüge unseres staatlichen Bundes nicht festigen und bestimmen, sondern losen und niedereichen wollen. Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz hat gut getan, zu erinnern, daß der deutsche Reichstag im vergangenen Jahre in starker Entschlußkraft die größte aller Wehrvorschriften zum Schutze des Deutschen Reiches bewilligt hat. Und, meine Herren, wenn Sie sich dem Ergebnis Ihrer eigenen Tätigkeit zuwenden: ein gut Teil bleibt Jahr für Jahr den höheren Gewalten vorbehalten. Was als Ihre eigene Leistung verbleibt, kann aber auch Sie mit stolzer Befriedigung erfüllen. Auch hierbei ist deutsches Fleisch, deutsches Brot, auch hierbei die ebenso frische Tüchtigkeit unseres Volkes. Das ist immer noch bleiben möge, das ist unser aller Wunsch.“ Mit einem Hoch auf den Landwirtschaftsrat schloß der Reichskanzler.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky wurde gestern vom König von England im Buckingham-Palast in Audienz empfangen.

Reichstag und Zolltarif. Wie wir erfahren, ist die bekannte Erklärung des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Dr. Delbrück, daß die Reichsregierung nicht abgeneigt sei, die bestehenden Handelsverträge des Deutschen Reiches zu verlängern, zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß man die Vorlegung einer Novelle zum Zolltarif so lange wie möglich hinausschieben will. Das Hinausschieben erfolgt mit Rücksicht auf die gegenwärtige Zusammenfassung des Reichstags.

— Fürst Bülow's „Deutsche Politik“ in England. Fürst Bülow's Schrift „Deutsche Politik“ ist jetzt in einer guten englischen Übersetzung, die die bekannte Londoner Buchhandlung Gossel u. Co. verlegt, erschienen. Das ist ein Vorgang, dem nicht nur literarische, sondern auch politische Bedeutung innewohnt. Denn erst die englische Übersetzung schafft die Möglichkeit, daß Fürst Bülow's Schrift in England auf weit Völkerkreise wirkt und jenseits des Kanals einen dauernden Einfluß ausübt. Bei der realpolitisch-offenen Art, in der Fürst Bülow die deutsch-englischen Beziehungen erörtert, ist von der Übersetzung seiner Schrift der günstigste Einfluß auf die fortschreitende Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses zu erhoffen.

* Das Reichsbewirtschaftungsgesetz. Wie die „Tägl. Rundsch.“ hört, ist das Reichsbuchamt damit beschäftigt, die Grundlinien für das Reichsbewirtschaftungsgesetz zu ziehen, das dem Vernehmen nach im Jahre 1915 dem Reichstag vorgelegt werden soll. Ähnliche Gesetzentwürfe haben den Reichstag schon wiederholt beschäftigt, zuletzt im Jahre 1877. Eine Einigung zwischen den Verbündeten Regierungen und dem Reichstag ließ sich aber damals nicht herbeiführen, da die Anschauungen weit auseinanderliegen. Der Reichstag verlangte jedoch immer wieder die Vorlegung eines neuen Gesetzes, um die Lücken der bestehenden Bestimmungen auszufüllen und die Rechtsgebiete für Legislative und Executive genau abzugrenzen. Das neue Gesetz soll in formeller und materieller Hinsicht eine Reihe der bedeutsamsten verfassungsrechtlichen und staatsrechtlichen Fragen zu lösen versuchen. Von großer Bedeutung ist vor allem eine einwandfreie Klärung des Einnahmen- und Ausgabenberechtigungsrechtes des Reichstages, eine Abgrenzung des dem Reichstag zustehenden Reiches, Einkommen zu erhöhen oder herabzusetzen, Bestimmungen über die Reichsschulden und ihre Tilgung, Matrikularbeiträge, Grundsätze für die Staatsaufstellung, Rechnungslegung und anderes mehr.

* Die deutsch-französischen Verhandlungen noch nicht vor dem Abschluß. Einer Information des „Figaro“ aus Paris folge ist es nicht richtig, daß die deutsch-französischen Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Ein gut informierter deutscher Kreisler sei man vielmehr der Ansicht, daß die Verhandlungen noch eine ganze Reihe von Wochen in Anspruch nehmen werden.

— Veranstaltungen des Haushabundes. Das Präsidium des Haushabundes hat beschlossen, ähnlichlich des fünfjährigen Beschlusses des Bundes den Gesamtausschuß im Laufe

einbezogenen, die Kosten in Raten zu zahlen, er bezahlte aber nur eine Rente und verweigerte dann die Weiterzahlung. Gau-Büdelsheim, wo früher die Specht den Unterstützungswohnzins hatte, verweigerte ebenfalls die Zahlung, ebenso der Landesarmenverband Oppenheim. Die Specht und Küssinger, welche als Zeugen vernommen wurden, behaupteten, daß sie bei Küssinger nicht in einem Dienstverhältnis stehn, sie lebten zusammen und würden sich trennen. Der Provinzialausschuß Mainz wies die Klage von Wiesbaden als unbegründet losfallig ab.

— Zum Fall Sed. Die Voruntersuchung wider den jungen Sed aus Eisenbach, welcher seinen leiblichen Vater ums Leben gebracht hat, ist nunmehr zum Abschluß gelangt, die Anklage dagegen ist noch nicht formuliert. Es ist ganz unzweifelhaft festgestellt worden, daß nicht die von dem Sohn auf den Vater abgegebenen Schläge diesen ums Leben gebracht haben, sondern daß erst ein Schlag mit dem Revolver, den Sed junior seinem Vater in dem Augenblick verübt, als dieser drohend auf ihn zulief, den Tod herbeigeführt hat. Die Anklage wird wahrscheinlich auf schwere Körperverletzung mit Todesfolge lauten.

— Holz- und Kohlenschwindel. Beim Empfang bestellter Brennmaterialien empfiehlt es sich, die gelieferte Menge genau zu kontrollieren. Daß dies sehr nötig ist, dafür lieferte ein Fall, der gestern beobachtet wurde, wieder einen Beweis. Ein Fuhrmann sollte eine Fuhre Holz vom Weltbahnhof direkt an den Besteller abliefern. Unserwegs fuhr er in eine wenig belebte Straße ein und der Inhaber des Kohlengeschäfts, der seinem Fuhrmann wohl nicht recht traut, kontrollierte, wie bald darauf ein zweiter Wagen sich einstellte und eine teilweise Umladung vorgenommen wurde. Ähnliche Betrügereien werden auch mit Holz getrieben, indem angeblich bestelltes Holz abgeladen und dafür ein höherer Preis als der wirkliche Wert verlangt wird. Einem Dienstmädchen wurden auf diese Weise fürglich 6 M. für ein Quantum Holz abgenommen, das höchstens 1 M. 50 Pf. Wert hatte.

— Darlehensschwindel. Durch Zeitungsanzeigen hatte sich ein gewisser E. Schwarzer in der Westendstraße zur Vermittlung von Darlehen und Hypotheken empfohlen. Er beschreibt seine Vermittlungen, wie es scheint, aber nur auf die Einziehung der Vermittlungsgebühren. Einem hiesigen Geschäftsmann nahm er 12 M. 50 Pf. anderem Darlehenssuchenden ähnliche Summen ab. Schließlich wurde er auch noch von seiner Logistirerin, weil er die Miete nicht bezahlte, an die Luft gesetzt.

— Zwei Trunkenbolde, die sich heute vormittag in der Hellmundstraße umtrieben, verliefen dort in einen Laden einzudringen, und als ihnen das nicht gelingen wollte, schlug einer der Unholde mit der Faust mit solcher Wucht in eine Glasscheibe, daß eine mit sehr starkem Bluterguß verbundene erhebliche Verletzung der rechten Hand die Folge war.

— Fremdenverkehr. Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt und Fürstin Anna sind in Begleitung des Hofmarschalls Brem zu längerem Aufenthalt im Hotel Rose abgestiegen.

— Tagblatt-Sammlungen. Dem Tagblatt-Verlag gingen zu für die Blindenanstalt: von 8. B. 3 M. für die Schreibmaschine und Briefzettel bedürftiger Kinder: von 8. B. je 2 M.

— Kleine Notizen. Heute hat bei unseren Kinos gegen das Kompanie-Gesäule beginnen. — Im Apollo-Theater findet heute abend die erste Maskenredoute nach Münchener Art statt. Freitag ist im Theater-kauf ein närrischer Karneval ab. Der Eintritt ist frei.

— Auch in diesem Jahre erscheint wieder die Postnachrichten „Sackhannes“, und zwar am Samstag, den 14. Februar. — Im Diana-Hotel-Restaurant fand gestern abend eine Maskenredoute, verdeckt mit Pall. statt, welche die zahlreich erschienenen Gäste bis in den Morgen zusammenhielt.

— Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— Galerie Wagner. Die Elite-Ausstellung Münchener Künstler endigt definitiv Freitagabend. Samstag ist der Oberleibsoal wegen Neuausstattung geschlossen.

— Aus dem Vereinsleben.

— Vorberichte, Vereinsversammlungen.

— Der „Richard-Wagner-Verband deutscher Frauen“ veranstaltet kommenden Dienstag, pünktlich 4 Uhr beginnend, in den Räumen des Biophilatos eine besondere Begegnung, zu welcher Kämmerer Einar Forchhammer, Frau Käte Forchhammer und Professor Mannstaedt ihre Mitwirkung zugesagt haben. Herr Forchhammer wird zunächst einen Vortrag im großen Saale halten über „Richard Wagner als Dramatiker“. Sobald wird in der halbstündigen Pause in den Nebenräumen Tee und Kekse serviert, die übrigens im Eintrittspreise mit einbezogen sind. Eisauf wird Frau Forchammer, begleitet von Professor Mannstaedt, einige Lieder nordischer Komponisten vortragen. Die Begegnung endet um 6½ Uhr und ermöglicht darüber den Besuch der etwas penitentiären Veranstaltung ohne mit dem Beginn der Theatervorstellungen oder sonstigen Einladungen zu störfen. Der Kinoabend ist für den Kreisverband bestimmt, nicht also wieder dem idealen Kino, unbestimmt, daß hiesigen Personen Eintrittskarten zu kaufen. Sobald eine größere Anzahl von Eintrittskarten 3. Rang und Amphitheater zu kaufen, welche an die von den Mitgliedern des Verbandes voreingeschlagenen Verbindlichkeiten im Sinne früherer Besammlungen bereitstehen werden sollen.

— Die normale und krankhafte Menstruation lautet das Thema des Vortrages, den der „Verein für volkseigene künstlerische Gesundheitspflege G. V.“ am Freitag, abends 8½ Uhr, im Saale der „Vogel Blau“ hält. Rednerin ist Frau R. Beckler aus Berlin geworden.

— Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— Rambach, 12. Februar. Vor einigen Tagen wurden dem Landwirt Adolf Bef und dem Schmied Wilhelm Berbe hierzulasten nachts elf Kerne obstdäume durch ruchlose Hand zerstört und abgedrochen. Der Verdacht der Täterchaft richtet sich gegen einen früheren Wirt von hier, mit dem einer der Geschädigten in einem Rechtsstreit lag, der zu seinen Ungunsten ausgegangen ist. Die Ortspolizeibehörde beschuldigte die Schüre des Verdächtigen. Heute wurde durch die Behörde der durch die Tat angerichtete Schaden festgestellt. Der Staatsanwaltshof in Wiesbaden ist Anzeige erstattet. Der Veranzige, auf den mehrfache Spuren hinweisen, stellt die Tat in Abrede.

— Nassauische Nachrichten.

Glückliches Hochst.

— Wiesbaden, 11. Februar. Während an allen anderen Gerichten über Arbeitsüberlastung und Überfüllung der Hörsäle gelaufen wird, mußte hier heute die Schöffengerichtsung für Strafsachen ausfallen, weil „nichts“ da war. Auch von Frankfurt wird heute berichtet, daß auf der dortigen Kriminalpolizei nicht ein einziger „Fall“ angemeldet war.

— Nied a. M. 12. Februar. Die Gemeindevertretung hat gestern abend nach mehrwöchigen Unterhandlungen dem Gasvertrag mit der Hessen-Nassauischen Gasgesellschaft zugesagt. Die Gemeinde erhält eine jährliche Abgabe von mindestens 2500 M. Die Vertragsdauer beträgt 30 Jahre. Die Einführung der Elektrizität ist gestaltet. Erhalten Unterriederbach und Sossenheim günstigere Bedingungen, so müssen diese auch Nied zugestanden werden.

— Griesheim, 11. Februar. Die an der Knabenschule erledigten evangelischen Lehrerstellen sind mit 1. April bei Lehrern Kreuzer aus Eppstein und Müller aus Langenbach übertragen worden.

— Schwanheim, 11. Februar. Zünft und zwangsläufig Jahre sind es nun her, daß die Waldbahn, die uns mit Frankfurt verbindet, eröffnet worden ist. Gleichzeitig gegeben damit unser Stationsvorsteher A. Heuser und Lokomotivführer W. Reinl ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Der Vertrag mit der Stadt wegen der Waldbahn läuft 1924 ab. — Unter den Kindern herrschen die Kaiser wiederum.

— Wiesbaden, 11. Februar. Auf Anregung der hiesigen Ladeneinhaber wurde hier der „Achtuhrt-Verdenschluß“ eingeführt.

Aus der Umgebung.

— Beseitigung der Rauch- und Rußbelästigung.

K. K. Frankfurt a. M. 11. Februar. Über ein neues Verfahren zur Beseitigung der Rauch- und Rußbelästigung sprach Director Bergmann (Hannover) im Technischen Verein. Der Vortragende führte im Bilde einen Rauchfänger vor, der den Rauch- und Kesselschornsteinen aufgesetzt wird, um die im Raum schwelenden Rauchteile in seinem Mantelkorb niederzusäubern, den abziehenden Rauch also davon zu befreien, um ferner die schädlichen Abgase (Giftige, faulige Gase) sofort nach dem Verlassen des Schornsteins hinweg mit der atmosphärischen Luft zu mischen und dadurch unzählig zu machen. Da sich der Rauchfänger bewährt haben soll, so besteht die Möglichkeit, endlich in der Bekämpfung der Rauchplage, dieser schrecklichen Nebenerscheinung des Maschinenalters, vorwärtszukommen.

— Ein vereitelter Vorfall des Schuhmaschinenraus.

— H. Frankfurt a. M. 11. Februar. Durch das Mietstüttum des amerikanischen Schuhmaschinenraus werden den deutschen Schuhmaschinenfabrikern seit Jahren unberechenbare Schäden geslagen. Ein neuartig verdrehter Trick des Raus, gegen die Verfertiger deutscher Maschinen Patentprozeß anstrengend und die betreffenden Maschinenfabrikern wirtschaftlich zu erdrücken, ist dieser Tage vor dem Reichsgericht zum Ausfrag gekommen und zugunsten der angeklagten Roerud-Schuhmaschinenfabrik zu Frankfurt-West entschieden worden.

— Ein neuer „Trick“.

— H. Frankfurt a. M. 11. Februar. Eine recht eigenartige Methode zur Steigerung der Hausmiete hat der Leichsfache Hauseigentümer und Bädermeister Wenzel im Stadtteil Bockenheim erfunden. Er forderte seine Mieter, die noch nicht Kunden seiner Bäderet sind, auf, alle Badwaren bei ihm zu kaufen. Andernfalls stellte er ihnen vom 1. März ab eine erhebliche Steigerung der Wohnungs miete in Aussicht. Zugleich verbot er den Verkauf von Badwaren durch fremde Bäder in seinen Häusern. — Jedenfalls werden sich die meisten Mieter folche Verordnung nicht bieten lassen.

— Wiesbaden, 12. Februar. Ein 13-jähriger Schüler der Realschule, der wieder der Volkschule übertragen wurde, hatte gegen die Volkschullehrer Drohungen ausgesprochen. Er wurde hierauf körperlich bestraft, und man fand bei ihm einen schwergeladenen Revolver und zwei Dolche. Die Waffen wurden ihm abgenommen.

Letzte Drahtberichte.

Der Eindruck der Kanzlerrede in politischen und parlamentarischen Kreisen.

— S. Berlin, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht) Die gestrige Reichskanzlerrede beim Feiertag des Deutschen Landwirtschaftsrates findet in politischen und parlamentarischen Kreisen ein durchaus sympathisches Echo. Insbesondere die Sozialen und dabei so entschiedenen Worte, die der Kanzler gegen die „alte deutsche Sünde des Partikularismus“ gerade an dieser Stelle gesprochen hat, werden dankbar begrüßt werden. Besondere Beachtung aber wird der Passus in der Rede finden müssen, der vom Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt. So wird man es nicht verstehen, wie der Kanzler bei dieser Gelegenheit von „Ausartung demokratischer Einrichtungen“ sprechen konnte, so sehr man es auch billigt, daß er den Geist gemeinsamer Arbeit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens für stark genug hält, „um die Kräfte nieder zu halten, die in der gärenden Entwidlung unserer Zeit das Gefüge unserer staatlichen Ordnung niederrütteln wollen“. Graf Schwerin-Löwitz hatte direkt die Regierung zum Kampf gegen das Treiben der sozialen und gesellschaftsfeindlichen Kräfte aufgerufen. Es ist immer wieder dieselbe Taktik, die reaktionäre Partei hat mit allem Aufwand jesuistischer Logik und demagogischer Verdehrungen zunächst den Sozialenfall hingestellt, als handle es sich nicht um eine Notwehr des Bürgertums, sondern um einen Angriffskampf gegen das Heer und die Kavallerie. Ganz folgerichtig ruft sie jetzt wieder einmal das Bürgertum zum Kampf gegen die rote Gefahr. Natürlich denkt sie dabei nicht an einen politischen und erzieherischen Kampf allein, sondern an einen Kampf durch Ausnahrung, bei dem sie den Erfolg einer Machbereicherung für sich selber erhofft. Der Kanzler ist in seiner Rede von dieser Tendenz deutlich abgerückt. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie wird er auch die Unterstützung des liberalen Bürgertums finden, das ist aber mit aller Einsicht auch gegen die konervative Heer, gegen konservative Spitzel und Treiber und gegen jede Verkränzung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten zu wachten wissen wird.

Der erste direkte drahtlose Telegraphenverkehr zwischen Amerika und Deutschland.

— Nauen, 12. Februar. Die Gesellschaft für drahtlose Telegraphie hat in den ersten Stunden des heutigen Tages außerst interessante Experimente veranstaltet, zu denen die Vertreter der deutschen Presse geladen waren. Es handelt sich um die Aufnahme eines direkten drahtlosen Telegraphenverkehrs zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, der zum erstenmal für den öffentlichen Verkehr freigegeben worden war. Das Reichspostamt hat gestattet, daß die große Station Nauen, die sonst nur als Versuchsstation den Betrieb führt, Dampfschiffe für den internationalen Privatverkehr entgegennehmen und den Vereinigten Staaten übergeben können. Dort hat die von der Telefunken-Gesellschaft errichtete Station Seaville auf Long Island die Übermittlung der Telegramme übernommen. Zu-

nächst fand eine Führung durch die Station statt, die der Direktor der Telefunken-Gesellschaft, Graf Arco, übernahm und in siebenstündigter Weise den anwesenden Pressevertretern Erklärungen machte. Es wurde alsdann nach dem System der sogenannten Funken die Verbindung mit Seaville hergestellt. Man konnte deutlich an dem Telefunkens-Apparat vernehmen, wie die Station Seaville einen ausgedehnten Presse- und Nachrichtendienst an die auf dem Ozean verkehrenden Schiffe gab. Punkt 5 Uhr 12 Min. traf das erste Telegramm aus New York auf der Station ein, daß von der „New York Sun“ an den Berliner „Volks-Anzeiger“ gerichtet war und die herzlichste Grüße enthielt. — Von amerikanischen Blättern hatten sich in Seaville eingefunden die Vertreter der „New Yorker Staatszeitung“, der „Sun“, der „Tribune“, der „New Yorker Times“, des „Herald“ und des „World“. Von Berliner Blättern waren vertreten das „Berliner Tageblatt“, der „Volks-Anzeiger“, die „Nationalzeitung“, die „Tägliche Rundschau“, die „Vossische Zeitung“ und die „Morgenpost“. Der Gedanken austausch wendete sich von Blatt zu Blatt. Einige der Funktentelegramme lamen infolge atmosphärischer Störungen verzerrt an, im ganzen aber verlief der Versuch durchaus glücklich.

— Eine neue konservative Beschimpfung des Reichstags.

— # Stolp a. P., 12. Februar. (Eig. Drahtbericht) Auf einem Fest des Bundes der Landwirte in Gützkow hielt der Bezirksvorsteher v. Brüsewitz-Gaibis eine Rede, in der er sich nach der „Gammern Kreiszeitung“ folgende Beleidigungen des Reichstags leistete: „Dann haben Sie, da muß man sich den protestierenden Reichstag vorstellen, der mehr einem Komödienhaus gleich: 1. den zum Himmel schreitenden Zentrumsmann, 2. den heulenden Professor der Nationalliberalen, 3. den die (semiläufige) Volksseele darstellenden Semidemokraten (Bortschitsmann), 4. den wüst schimpfenden und tobenden Sozialdemokraten. Was kann man von ihnen jetzt sagen, blamiert bis auf die Knochen, und jeder blamiert sich so gut, wie er kann. Ein Oberst v. Reuter ist für unser deutsches Volk mehr wert als die ganze heulende demokratische Gesellschaft!“

— Das Berliner Oberhausbaujahr in der Budgetkommission.

— # Berlin, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht) Man hatte gehofft, daß in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses die Entscheidung über den Entwurf des Geh. Baurats Hoffmann für den Neubau des Königl. Opernhauses in Berlin fallen würde. Diese Hoffnung ist aber durch einen konservativen Antrag durch Freytag gestoppt worden, der heute vormittag in der Kommission gestellt wurde. Der Antrag verlangt, die Beschlusssatzung auszusehen, bis die finanziellen Fragen, die mit dem Neubau zusammenhängen, geklärt sind, insbesondere bis ein Beschluss der Stadt Berlin über ihre Beteiligung an den Kosten herbeigeführt werden ist und auch völlige Klarheit geschaffen ist, welche Bedeutung die geplante Grundstückstransaktion für die Stadtfläche haben wird.

— Zum Prinz-Heinrich-Flug 1914.

— # Stralsburg i. G., 12. Februar. Das preußische Kriegsministerium hat zu den Kosten des Prinz-Heinrich-Fluges 1914 einen Zuschuß von etwa 20 000 M. in Aussicht gestellt und wird außerdem einen Ehrenpreis für den Flug stiften. Auch das bayerische Kriegsministerium hat jetzt eine Belohnung von bayerischen Offizieren angekündigt.

— Die Kongo-Kamerun-Grenze.

— # Paris, 12. Februar. Der „Matin“ demonstriert die Information der deutschen Presse, wonach die deutschniederländische Kommission zur Festlegung der Kongo-Kamerun-Grenze ihre Arbeiten beendet habe. Das Blatt erklärt, daß in diplomatischer Hinsicht noch manches zu erledigen sei, und daß auch noch manche technische Arbeit vollbracht werden müsse. Sobald alles dieses geschehen ist, wird sich die Kommission erneut vereinigen, um die Grenzlinien festzulegen.

— Aus der Kongokolonie.

— # Brüssel, 12. Februar. Die „Tribune Congolaise“ berichtet nach einem Briefe aus der Kongokolonie, daß in der Kongo-Gegend ein Aufstand ausgebrochen sei. Drei Soldaten und 46 Einwohner seien in einem Kampf getötet worden. Die Soldaten sollen den Richter zu einer Untersuchung begleitet haben. Es wird eine starke Militärexpedition vorbereitet, um die Ruhe wiederherzustellen. Nach einer Anfrage beim Kolonialministerium ist die Nachricht stark übertrieben. Es sei lediglich wahr, daß ein Richter in der Gegend eine Untersuchung anstellen wollte und von einer Kolonne angegriffen wurde. Von Geföteten sei nichts bekannt.

— Die Regelung der U-Bootfrage.

— # Petersburg, 12. Februar. Die französischen und russischen Finanzdelegierten sind übereingekommen, je eine Hälfte des 34 Millionen Rubel betragenden Kapitals der U-Bootwerke zu übernehmen. Von diesem Kapital sind 13 Millionen Aktien, 15 Millionen Obligationen und 6 Millionen dienen zum Ankauf der Russliwerke. Die Aktien und die Obligationen werden an der Pariser Börse emittiert werden.

— Eine bemerkenswerte englische Flottenreise.

— # London, 12. Februar. Der Rival der Admiralsität, Lambert, hielt in Truro eine Rede, in der er ausführte, daß mit den Kosten für einen einzigen Dreadnought 10 000 Bauernhäuser gebaut werden könnten. Diese Tatsache habe einen tiefen Eindruck auf die britische Öffentlichkeit gemacht, und er hoffte, daß sie auch bei der deutschen, russischen, österreichischen, französischen und italienischen Bevölkerung Eindruck machen werde.

— Veränderungen im englischen Kabinett.

— # London, 12. Februar. Die Ernennung von John Burney zum Handelsminister, Masterman zum Kanzler des Herzogtums Lancaster, Hobhouse zum Postminister und Herbert Samuel zum Präsidenten des Kontrollamtes der Postverwaltung wurde amtlich bekannt gegeben.

— Der Prinz zu Wied und der Papst.

— # Rom, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht) Wie gestern abend eine Note der „Tribuna“ meldete, wurde der Besuch des Prinzen zu Wied im Vatikan, der auf heute nachmittag festgesetzt war, aufgegeben. Wie aus vatikanischen Kreisen verlautet, wird das Unterbleiben des Besuches im Vatikan dor-

als schwere Kränkung empfunden. Von italienischer Seite sei dem Prinzen vorgestellt worden, daß er als noch nicht gekrönter Fürst im Vatikan offiziell noch keinen Besuch machen könne, da er hiermit auch noch einen anderen als den königlichen Hof in Rom anerennen würde. Als Privatperson könne er jedoch ruhig in den Vatikan gehen. Der Prinz zu Wied ließ also den Papst bitten, ihn privat zu empfangen. Darauf kam aus der päpstlichen Kanzlei der kategorische Bescheid, entweder kommt Prinz zu Wied als Fürst von Albanien, oder überhaupt nicht.

Eine Reise König Ferdinands nach Amerika.

wb. Sofia, 12. Febr. Wie die offiziösen Blätter übereinstimmend melden, versprach der König der amerikanischen Deputation, welche er vorigemontag empfang, sicher, demnächst Amerika zu besuchen. Die Reise soll im kommenden April in Aussicht genommen sein. Die Begleitung des Königs würden mehrere hervorragende Politiker, Industrielle und Kaufleute bilden. — So weit die Nachricht bereits besprochen wird, wird sie als ein friedliches Symptom aufgefaßt. Man meint, wenn der König eine solche Reise plane, könne die Kriegsgefaßt auf dem Balkan nicht mehr so groß sein.

Der neue Gouverneur von Südsafrika.

wb. London, 12. Febr. Handelsminister Buxton ist zum Generalgouverneur von Südsafrika ernannt worden.

Die Revolution in Ecuador.

wb. Washington, 12. Febr. Amtliche Depeschen melden, daß die Hafenstadt Esmeraldas (Ecuador) in Flammen steht. Wie verlautet, werden die dortigen Rebellen von Regierungsschiffen beschossen.

wb. New York, 12. Febr. Nach einer Depesche aus Guayaquil bombardierten Kanonenboote der Regierung Esmeraldas, das dann von den Truppen am Dienstag angegriffen wurde. Man glaubt, daß die Regierung sich dieser Stadt wieder bemächtigt hat. Mehrere Häuser wurden durch Granaten in Brand gesetzt. Die Aufständischen unter dem Befehl des Obersten Cano weigerten sich, eine neutrale Zone für Kämpfer einzurichten, oder den Ausländern zu gestatten, an Bord der im Hafen liegenden Schiffe zu gehen.

Zum Rücktritt Kotsowzows.

* Petersburg, 12. Febr. Der Utaß über den Rücktritt Kotsowzows ist bereits unterschrieben. Der frühere Premierminister Gorjewski wird sicher Ministerpräsident werden. Nach einem amtlichen Bericht der "Novoje Wremja" wird Kotsowzow wahrscheinlich Finanzminister und der Oberpräfekt des Heiligen Synod Sabels Minister für Volksaufklärung werden. Kotsowzows Versetzung als Botschafter nach Paris dürfte erst in einigen Monaten erfolgen.

Die montenegrinische Thronrede.

wb. Cetinje, 12. Febr. Der König eröffnete die Sitzung mit einer Thronrede, in welcher es heißt: Das heilige Feuer der serbischen Eintracht errang uns den Sieg. Unsere Errungen sind bedeutend, obwohl sie durch die Entzündung Sutaris verhüllt sind. Diese Bunde brennt unheilbar in den serbischen Herzen. Es war nicht bloß eine Hand, die uns Sutari nahm, es waren viele, vor denen wir zurückweichen mußten zugunsten der Erhaltung des europäischen Friedens und zur Sicherung dessen, was die serbischen Waffen errungen haben. Die Thronrede

darft für die Hilfeleistung der Missionen des Roten Kreuzes aller Kulturländer und führt fort: Unsere Hauptföre ist die Armee soll in gutem kriegerfähigem Zustande erhalten werden und zu diesem Zweck überständige Cadres verfügen. Die Erhaltung unserer Erwerbungen und die weiteren nationalen Erfolge werden nur von dem dauernden Zusammenarbeiten mit unseren serbischen Brüdern und von unserer traditionellen Freude gegenüber Russland, unserem mächtigen Brüder, abhängen. Die Beziehungen mit allen anderen Staaten sind freundschaftlich. Die Regierung ist unablässig bemüht, an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken. Die Thronrede drückt die Hoffnung aus, daß sich Albanien der inneren Konsolidation widmen wird, wenn es ein aufrichtiges Element des Friedens und der Ordnung auf dem Balkan zu werden wünscht. Die Thronrede wurde auf mehreren Stellen durch lebhafte Beifall unterbrochen.

Heldenmut eines Schiffskapitäns.

Δ London, 12. Febr. (Eng. Drahtbericht) Dem Heldenmut eines 65 Jahre alten Kapitäns, der sein Leben opferte, hat die Mannschaft eines Küstendampfers im Golf von Mexiko ihr Leben zu verdanken. Das Schiff "Gem" hatte im Golf Feuer gefangen und brannte in kurzer Zeit lichterloh. Die Mannschaft, aus 20 Personen bestehend, arbeitete mit großer Todesverachtung, um das Feuer zu löschen. Als schließlich der Aufenthaltsraum auf dem Schiff überdeck unmöglich wurde, schickte der Kapitän seine Leute nach vorne. Nur er allein blieb auf der Brücke zurück. Als der Dampfer endlich auf Grund lief, war eine Rettung des Kapitäns nicht mehr möglich. Er war am Steuer verbrannt. Die Mannschaft konnte unverfehrt in Sicherheit gebracht werden.

Ein Erdstoß auf Kuba.

wb. Havanna, 12. Febr. In Santiazo wurde heute ein starker Erdstoß verspürt, der unter der Bevölkerung lebhafte Beunruhigung hervorrief. Sachschaden ist bisher nicht gemeldet worden.

Bewüstung und Veraubung einer Kirche.

wb. Burgos, 12. Febr. In der vergangenen Nacht drangen bisher unbekannte Misseläter in die aus dem 14. Jahrhundert stammende St. Outrille Kirche ein, räumten dagegen die ältesten Verwüstungen an und raubten die goldenen Kronen von zwei Heiligenstatuen.

Starles Erdbeben in Hiume.

* Hiume, 12. Febr. Hier wurde gestern nachmittag 1.20 Uhr ein Erdbeben verübt. Dem Erdbeben folgte ein mehrere Stunden dauerndes unterirdisches Getöse. Die seismographischen Apparate der Marineakademie sind seit längerer Zeit außer Tätigkeit, so daß eine genauere Kontrolle unmöglich war. Die Bewohner der Stadt erlitten teilweise Sprünge. Die Bewohner flüchteten auf die Straßen, kehrten jedoch bald darauf wieder beruhigt in ihre Behausungen zurück.

wb. Berlin, 12. Febr. Das Herrenhaus wird zum 19. Februar einberufen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Novelle zum Landesverwaltungsgesetz.

wb. Karlsruhe, 12. Febr. Bei der Prinzessin Wilhelm von Baden hat sich während der Nacht ein neuer schwerer

Schwächezustand eingestellt, der zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt.

wb. Petersburg, 12. Febr. Den Blättern zufolge hat der Direktor der Kreditanstalt Danilow den Posten als Direktor der Russischen Bank für auswärtigen Handel angenommen. Der Rücktritt des Kriegsministers Schomolow steht bevor. Als dessen Nachfolger ist der Chef des Generalstabes Shinllinski genannt worden.

wb. Victoria (British Columbia), 12. Febr. Der britische ungeliebte Kreuzer "Algerine" hat seines gemacht, um an die Westküste Mexikos abzugehen.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

12. Februar, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beobachtungsstation	Barom.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Beobachtungsstation	Barom.	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Borkum	750.0	SSW 4	bedeckt	+ Scilly	749.6	WSW 6	wolzig	+ 6	
Hamburg	757.0	SO 3	bedeckt	+ 7 Aboern	741.2	SW 1	wolken	+ 3	
Swinemünde	756.9	SO 3	welzig	- 0.1 Karlsruhe	754.4	SW 4	bedeckt	+ 7	
Memel	760.1	SO 3	welzig	- 1 Västergötland	756.7	SW 2	<	+ 6	
Aachen	756.0	SW 5	bed. ext	+ 6 Schlesien	754.2	SS 6	Denst.	+ 5	
Hannover	757.7	S 6	welzig	- 6 Skagen	754.2	S 6	Denst.	+ 5	
Berlin	751.0	S 3	welzig	- 7 Kopenhagen	757.7	SW 3	<	+ 5	
Dresden	758.5	OB 3	welzig	- 8 Stockholm	758.9	S 2	bedeckt	+ 2	
Breslau	758.0	SO 2	<	- 9 Potsdam	754.1	S 2	Nebel	+ 1	
Reich	750.5	SW 5	welzig	- 10 Petersburg	754.2	bedeckt	+ 2		
Frankfurt, M.	750.8	SSW 2	welzig	- 11 Warschau	757.1	SSO 1	welken	+ 1	
Karlsruhe, B.	751.1	SSW 2	welzig	- 12 Rom	758.3	S 0.1	Nebel	+ 1	
Minasen	751.1	SSW 2	welzig	- 13 Wien	758.1	S 1	welzig	+ 1	
Zusatzlage	752.5	SSW 2	welzig	- 14 Seydeljard	758.7	W 6	welzig	+ 1	
Venezuela	751.9	S 4	welzig	-	-	-	-	-	

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

	11 Februar	7 Uhr	12 Uhr	1 Uhr	0 Uhr	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalschwere	755.5	748.6	752.0	752.9	752.9	
Barometer auf dem Meeresspiegel	760.5	764.6	762.5	761.5	761.5	
Thermometer (Celsius)	0.7	6.1	3.4	3.4	3.4	
Dunstspannung (mm)	4.4	4.9	5.0	4.9	4.9	
Relative Feuchtigkeit (%)	90	71	65	65	65	
Wind-Richtung und -Stärke	2.1	0.1	2.2	—	—	
Niederschlagshöhe (mm)	—	—	—	—	—	
Höchste Temperatur (Celsius) 6.3						Niedrigste Temperatur 0.1

Wettervoraussage für Freitag, 13. Februar 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Trüb, mild, südwestliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 12 Februar:

Biedrach. Pegel:	1.14 m	gegen 1.13 m	am gestrigen Vormittag
Caub.	1.06 m	1.05 m	" "
Mainz.	0.40 m	0.39 m	" "

Reklamen.

Simone von M. 8.— an, China-Kostüme u. Mandaringschärze, Stoffe, Hämmer, Schirme, Schuhe, Chrysanthemen u. Haarblumen in reichster Auswahl bei Selma Weinrich im Hotel Nassauer Hof, Simone auch zu verleihen. 243

Handelsteil.

Berliner Börse.

S Berlin, 12. Febr. (Eng. Drahtbericht) Auf freundlicherem Wien war die Haltung auch am liegenden Markt heute freundlicher. Nach den gestrigen starken Realisationen ergriff heute Deckungsbegehr Platz. Bei nur wenig lebhaftem Geschäft waren die Kursveränderungen gering. Größere Festigkeit zeigte der Montanmarkt, auf dem günstige amerikanische Eisenmarktsberichte sichtlichen Eindruck machten. Besonders zu erwähnen sind hier Phoenix-Bergbau, Aunetz-Friede, Konsolidation und Gelsenkirchen. Schiffahrtsaktionen besserten sich weiter. Auf dem Elektromarkt übernahmen heute die in den letzten Tagen stets realisierten Siemens u. Halske die Führung. Banken vernachlässigten. Nur Schaffhausen und Russenbank höher. 3 prozent. Reichsanleihe gut erholt. Später gewann, vom Montanmarkt ausgehend, die Festigkeit an Boden. Kattowitz und Schantung weiter steigend. Tägliches Geld war zu 3 1/2 Proz. und darunter reichlich angeboten. Privatdiskont 2 1/2 Proz. (gestern 3 1/2 Proz.).

Frankfurter Börse.

= Frankfurt a. M., 12. Febr. Die lebhafte Aufwärtsbewegung ist jetzt von einer Zeit der Geschäftsstille und der Realisationen abgelöst worden. Auch heute eröffnete die Börse mangels besonderer Anregungen in reservierter Haltung. Das Interesse für Schiffahrtsaktionen hielt zunächst an. Es erfüllte mit Befriedigung, daß die beiden größten Reedereien Deutschlands eine Basis gefunden haben, auf der sie sich eine gedeihliche Weiterentwicklung für die Zukunft versprechen. Der "Iron-Age"-Bericht läßt eine Besserung erkennen, vermochte aber auf die Tendenz der Montanpapiere keinen Eindruck zu machen, da unsere heimischen Nachrichten über Preiserhöhungen für Puddelrohreisen bestimmt wirkten. Weitere Feuerschichten im Ruhrrevier hemmten schließlich den Geschäftskreislauf auf dem Montanmarkt. Das Uneinheitliche der Situationsberichte war auch ausschlaggebend auf die Gesamthaltung. In Bankaktien waren die Umsätze bescheiden. In Elektrowerken bemerkte man mäßige Kauflust. Am Rentenmarkt war die Tendenz schwächer, da große Neuemissionen der verschiedenen Staaten Anlaß zu der Befürchtung gaben, daß der Geldmarkt den Ansprüchen nicht genügen würde. Heimische Anleihen tendierten nach unten. Am Kassamarkt für Industriepapiere sind chemische Aktien vermeist festler. Maschinenfabriken ruhiger. Im weiteren Verlaufe wurde das Geschäft lebhafter. Montanpapiere zogen an. Auch Elektrizitätsaktien begehrten. Die Börse schloß in leichter Haltung. Privatdiskont 3 1/2 Proz. (wie gestern).

Banken und Geldmarkt.

* Reichsbank. Der Zentralausschuß der Reichsbank ist auf heute zu einer Sitzung berufen, um die Vorlage des Jahresabschlusses entgegenzunehmen. Die Rückflüsse bei der Reichsbank sind andauernd gut, während die Ansprüche sich in engen Grenzen halten.

* Preußische Hypothekenaktienbank. Das Institut erzielte in 1913 einen Reingewinn von 4.45 (i. V. 4.41) Mill. M. Die Einnahmen aus Provisionen zeigten einen Rückgang von 363 000 M. auf 327 000 M. Die Zinseneinnahmen ergaben einen Überschub von 4.70 (4.80) Millionen M. Die Dividende wird wieder mit 6 Proz. bemessen. Die Extrareserven, die im Vorjahr 290 000 M. erhielten, werden diesmal nicht dobert. Wie die Verwaltung im Geschäftsbericht mitteilt, beläuft sich

der Durchschnitts-Zinssatz bei ihren Hypotheken auf 4.68 Proz. In der Bilanz erscheinen Wertpapiere mit 18.3 (21.5) Millionen M. unter denen sich 12.4 (15.9) Millionen M. eigene Pfandschreie und Kommunalobligationen befinden. Die Hypothekenbestände belaufen sich auf 351.2 (358.9) Millionen M. Die Kommunalaktien auf 26 (26.6) Millionen M.

1 Pf. Sterling
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Léi
1 österr. fl. 1. O.
1 fl. 6. Währ.
1 österr.-ungar. Krone
100 fl. öst. Konv.-Münze 105 fl. Währ.
1 skand. Krone
1 Pf. Sterling

Kursberichte vom 12. Febr. 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 fl. holl.
1 fl. alter Gold-Rubel
1 Rubel, alter Kredit-Rubel
1 Peso
1 Dollar
1 fl. süddeutsche Währ.
1 Mk. Ekr.

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %
1/2 Berliner Handelsges.	162.30	
8 Commerz- u. Disc.-B.	111.95	
6/2 Darmstädter Bank	192.50	
12/2 Deutsche Bank	256.10	
6 D. Elt. u. Wechsel.	116.75	
8/2 Discouto-Commandit	194.50	
6/2 Dresdner Bank	157.50	
7 Meiningen Hyp.-Bank	142.40	
6/2 Mittelh. Creditbank	120.75	
7 Nationalb. 1. Deutschl.	118.	
10/2 Oesterl. Kreditanst.	207.25	
13 Priesburg, Intern. Bk.	207.00	
5.86 Reichsbank	140.	
5 Schaffh. Bankverein	104.10	

Bahnen und Schiffahrt.	
9/2 Canada-Pacific	218.40
6 Baltimore und Ohio	95.75
6 Deutsche E.-Betr.-O.	-
9 Hamb.-Am. Paketk.	144.30
15 Hansa-Dampfschiff.	294.90
7 Niederwaldbahn	15.10
5 Nordde. Lloyd	126.
7 Oesterl.-Ung. Staatsb.	156.
8 Oesterl. Süd. (Lomb.)	22.50
7 Orient. E.-Betr.-O.	-
5 Pennsylvania	-
6/2 Süd. Eisenbahn-O.	129.90
6/2 Schantung-Eisenb.	137.90

Bratereien.	
13 Schultze	267.25
10 Leipzig. Bierh. Riebeck	174.50
9 Wiesbad. Kronebr.	11.50

Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.	
20 Beleu. und Monierba	167.
23 Deutsche Erdöl-Oes.	256.
5 Gebhardt & König	230.
6 Neue Boden-A.-O.	85.

Bergwerks-Unternehmungen.	
13 Aumetz-Friede	167.75
14 Baroper Walzwerk	128.50
14 Bochumer Guftahl	225.80
7 Buderus Eisenwerke	112.75
11 Concordia Bergbau	144.50
12 Deutsches-Luxemb.	401.
20 Donnersmarckhütte	190.50
12 Eisenwerke Kraft	240.90
8 Eschwe. Bergwerk	222.80
15 Gelowder Eisenwer	161.
10 Geisenb. Bergwerkss.	195.80
8 Harpener Bergbau	186.75
22 Höchst Eisen. u. Stahl	340.
11 Ilse Bergbau	506.
4 Königs- u. Laurahütte	164.25
10 Lauschammer kom.	187.50
9/2 Leonh.-Brauschk.	161.
15 Mannesm.-Röhrenw.	214.60
12 Mühl. Bergwerkss.	177.
11 Oberschl. Kokaw.	236.
12 Phönix-Berg. u. Hütte	243.75
26 Rhin.-Nass. Bergw.	234.50

Bewerks-Unternehmungen.	
12 Aumendorfer	381.75
11 Kostheim Cellulose	126.
12 Varziner Papierf.	125.

Textilindustrie.	
20 Mech. Web. Linden	300.
10 Nrdl. Wollkämmerei	145.
12 Eisenwerke Kraft	134.50
18 Ver. D. Nickelwerke	294.
12 Wegelein & Höhner	162.75

Verschiedene.	
0 Adler Pord.-Cement	112.40
0 D. Waff. u. Mun.-F.	605.
25 Lindes Eisemaschine	129.50
6 Markt- und Kühlhallen	98.
6 Nobel-Dynam.-Trust	179.50
18 Porzellanfabr. Kahla	344.75
10 Rositzer Zuckerraff.	225.10
12 Rockstr. & Schneider	143.
24 Spritzen, A.-G.	444.
18 Ver. Köln Rottweiler	339.
7/2 South Westafrica Co.	120.35
7 Türkense	168.00

Deutsche Kolonial-Ges.	
11/2 10. Olavinminen	Fr. 115.50
5 7/2 South West Afr. C.	119.
5 7/2 11. 10. Banque Ottomane Fr.	119.75

Div. Industrie-Aktien.	
Vorl. Letzt.	In %
14. 20. Alum. Neuß. (500g)	259.00
10. 19. Aschf. Bunt. Pap.	172.50
8. 5. Masch.-Pap.	123.20
12. 12. Bad. Zell. Wagn. B.	211.40
3. 2. Baug. St. 1.000.000	80.75
15. 15. Brem. Fabr. N.	260.
10. 11. Brem. Eisenb. B.	144.50
5. 7. Brem. Eisenb. N.	125.50

Div. Industrie-Aktien.	
Vorl. Letzt.	In %
14. 20. Alum. Neuß. (500g)	259.00
10. 19. Aschf. Bunt. Pap.	172.50
8. 5. Masch.-Pap.	123.20
12. 12. Bad. Zell. Wagn. B.	211.40
3. 2. Baug. St. 1.000.000	80.75
15. 15. Brem. Fabr. N.	260.
10. 11. Brem. Eisenb. B.	144.50
5. 7. Brem. Eisenb. N.	125.50

Div. Industrie-Aktien.	
Vorl. Letzt.	In %
14. 20. Alum. Neuß. (500g)	259.00
10. 19. Aschf. Bunt. Pap.	172.50
8. 5. Masch.-Pap.	123.20
12. 12. Bad. Zell. Wagn. B.	211.40
3. 2. Baug. St. 1.000.000	80.75
15. 15. Brem. Fabr. N.	260.
10. 11. Brem. Eisenb. B.	144.50
5. 7. Brem. Eisenb. N.	125.50

Div. Industrie-Aktien.	
Vorl. Letzt.	In %
14. 20. Alum. Neuß. (500g)	259.00
10. 19. Aschf. Bunt. Pap.	172.50
8. 5. Masch.-Pap.	123.20
12. 12. Bad. Zell. Wagn. B.	211.40
3. 2. Baug. St. 1.000.000	80.75
15. 15. Brem. Fabr. N.	260.
10. 11. Brem. Eisenb. B.	144.50
5. 7. Brem. Eisenb. N.	125.50

Div. Industrie-Aktien.	
------------------------	--